

Berichte

2007

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

2

Deutsches Institut für Urbanistik

	Standpunkt		Veranstaltungen
2	Städte der Zukunft brauchen Wissen	19	Fortbildung für die kommunale Praxis
	Difu-Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen		Difu-Ansprechpartnertreffen 2007
5	Neue Baugebiete: Gewinn oder Verlust für die Gemeindekasse?	20	Kunststück Erziehung: Familienbildung als Angebot der Kinder- und Jugendhilfe
8	Kommunales Energiemanagement:		Neue Projekte
10	Flächenkreislaufwirtschaft: Zukunftsfähige Strategie für Stadtregionen und Städte	22	Center in the City: Difu startet Wirkungsanalyse innerstädtischer Einkaufszentren
12	Abschluss des Forschungsverbundes „Stadt 2030“	22	Weitere neue Projekte zu Fahrradverkehr, Suchtprävention und der Optimierung von Stoffkreisläufen
14	Meinungsforschung der Kommunen durch Umfragen	23	Neu im Difu-Internet
17	Wie können Städte Urban-Audit-Daten für sich nutzen?	23	Exklusiv für Difu-Zuwander
18	Was ist eigentlich Urban Audit und was ist ein Dashboard?	24	Difu-aktiv: weiteres Berichtenswertes aus dem Institut
		25	Difu-intern
		26	Mediennachlese
		27	Impressum
		28	Bestellschein

Städte der Zukunft brauchen Wissen



Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann

Die Veränderungen des Sozial- und Wirtschaftssystems unserer Gesellschaft sind besonders durch den Übergang in die Wissensgesellschaft geprägt. Dies betrifft vor allem die Städte, denn sie bilden mit rund 72 Prozent des Bevölkerungsanteils den Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Städte, Gemeinden und auch Stadtregionen müssen permanent hohe Anpassungsleistungen an die aktuellen Erfordernisse erbringen und dabei zugleich zukunftsfähig ausgerichtet sein. Ohne fundiertes Wissen über die unterschiedlichen Gegebenheiten der Städte ist es daher kaum möglich, zielgerichtete und erfolgreiche Anpassungsprozesse in Gang zu setzen. So ist abgesichertes Wissen beispielsweise über Einflussgrößen und Wirkungszusammenhänge, Handlungsmöglichkeiten und deren Wirkungen, Beteiligungen und Aktivierungsvorgänge sowie deren Voraussetzungen unverzichtbar.

„Wissen“ – Driving force der Stadtentwicklung

Durch die veränderten Rahmenbedingungen hat die Bedeutung von „Wissen“ stark zugenommen. Städte müssen heute eine Vielzahl von Einflussfaktoren in ihre Planung einbeziehen: die Globalisierung der Märkte, der Einflussbereiche, der Ideen und Kontaktkreise, die Liberalisierung, die demographischen Entwicklungen, die Erweiterung der EU. Daneben sind aber auch Anforderungen zu berücksichtigen wie die Sicherung des sozialen Ausgleichs, der sozialen und ethnischen Integration, die Förderung von Klimaschutz und der sparsame und effiziente Umgang mit den Ressourcen. Die veränderten Rahmenbedingungen wirken – im Verantwortungs- und Leistungsbereich der Städte – gleichermaßen auf das Verhältnis und die Wechselwirkungen von Privatisierung und Wettbewerb einerseits sowie Daseinsvorsorge durch Transferleistungen und Gegenseitigkeit andererseits.

„Wissen“ ist zwar nicht die unabdingbare Voraussetzung für einen demokratisch legitimierten – „öffentlichen“ – Gestaltungswillen, jedoch die Grundlage für Zielgenauigkeit, Wirksamkeit, Effizienz in sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht. „Wissen“ ist damit wesentlich für die Sicherung von Selbstverwaltung und Selbstständigkeit der Städte, die aktive Ausgestaltung von

Leistungsbereichen und die erfolgreiche Ausfüllung des Subsidiaritätsprinzips. Dabei wird – nach mehrheitlicher Auffassung – die kommunale Ebene für die Demokratie, die Lebensqualität der Menschen und den Zusammenhalt der Gesellschaft zunehmend wichtiger. Von der „Renaissance des Kommunalen“ ist die Rede – nahezu parallel zum erhofften Trend der „Renaissance der Städte“. Dieser zeigt sich an den veränderten Standortpräferenzen der Bürger, die es – je nach Alter, Familienstruktur, ökonomischen Bedingungen und Lebensvorstellungen – wieder verstärkt in die Städte zieht. Und diese Hoffnung besteht auch hinsichtlich der Standortpräferenzen von Unternehmen und Einrichtungen.

Aus ökonomischer Sicht werden unter anderem „Wissens-Cluster“ als zentrale Bedingungen für die lokale und/oder regionale Wirtschaftsentwicklung genannt und zur Grundlage politischer Handlungsstrategien wie Förderung von Exzellenz-Hochschulen und deren Spin-Offs, wie Wirtschaftsförderung, Ansiedlungspolitik oder Netzwerkbildung gemacht.

„Wissen“ auf dem neusten Stand ist nicht nur für Wissenschaft, (Aus-)Bildung und Wirtschaft unabdingbar, sondern auch und gerade für die zukunftsfähige Planung in Politik und Gesellschaft. Denn modernes Stadtmanagement erfordert fundierte Kenntnisse in vielen Bereichen: Neue Formen der ÖV-Finanzierung, innovative Möglichkeiten der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung, demographisch bedingter Anpassungsbedarf kommunaler Leistungsbereiche (z.B. Wohnungen, soziale Infrastruktur, Netze von Verkehrs- und Entsorgungs- sowie Verkehrsinfrastruktur) oder auch der Handlungsbedarf in Folge einer Unternehmenssteuerreform sind Beispiele hierfür.

Schließlich ist „Wissen“ – in einer auf Ausgleich, Solidarität und Integration ausgerichteten sozialen Entwicklungsvorstellung – auch Basis für Lebenschancen, für Optionen zur Wahl von Beruf und Lebensweisen, aber auch zur Befähigung zum zivilgesellschaftlichen und politischen Engagement. „Wissen“ bildet damit die Voraussetzung einer unverzichtbaren Förderung und Ausschöpfung von Humanressourcen, die für Wirt-

schaft („Arbeitskräfte“) und Zivilgesellschaft unerlässlich sind. Auf diese Potenziale greifen Handlungsprogramme von Bund, Ländern und Gemeinden zurück, wie beispielsweise das Programm „Soziale Stadt“ oder die Ausrichtung der „Nationalen Stadtentwicklungspolitik“.

Auch Verbesserungen der Umweltbedingungen und die Sicherung ökologischer Gegebenheiten finden ihre zentrale Voraussetzung in „Wissen“ – über Zustände, Zustandsveränderungen und deren Ursachen, Wirkungszusammenhänge, Handlungsmöglichkeiten und deren Auswirkungen im Umweltbereich.

Kultur und politische sowie gesellschaftliche Systeme beruhen in ihrer Weiterentwicklung einerseits auf Sprache als Mittel der kognitiven Verarbeitung, der Vermittlung und des Austauschs, andererseits aber auf „Wissen“ als Voraussetzung für Erkenntnis, Verstehen, Abwägung und Entscheidung, aber auch für Kreativität.

Politik, Verwaltung und Wirtschaft benötigen daher „Wissen“ als fundierte Entscheidungsgrundlagen. Zur Wissensgenerierung dienen beispielsweise in politischen Verantwortungsbereichen Monitoring, Erarbeitung von Indikatoren und Benchmarks sowie Evaluationen von Maßnahmen und Handlungsprogrammen.

Bedeutung kommunalwissenschaftlicher Forschung

Aufgrund der komplexen Anforderungen benötigen Städte, Gemeinden, Stadtregionen und deren Spitzenverbände nicht nur Ergebnisse kommunalwissenschaftlicher Grundlagenforschung. Vor allem der praxisorientierten Forschung kommt eine besondere Bedeutung zu. Zudem muss das gewonnene Wissen verständlich aufbereitet und den Städten in anwendungsfreundlicher Form zur Verfügung gestellt werden. Die kommunalwissenschaftliche Forschung muss also Praxiswissen zur „integralen“ Gestaltung technischer, rechtlicher, finanzieller, prozessualer, organisatorischer und sonstiger Bedingungen bereitstellen.

Aufgaben einer praxisorientierten Kommunalwissenschaft sind daher neben Beschreibungen, Analysen und Bewertungen von Zuständen vor allem die Entwicklung von Handlungsvorschlägen, Testanwendungen für die Praxis sowie die Verdichtung zu praxisgeeigneten Hinweisen und Empfehlungen. Vermittlungsformen hierfür sind die persönliche Beratung, Publikationen, Informationsangebote im Inter- und Extranet und

nicht zuletzt zielgruppenadäquate Fortbildungsangebote.

Zukunftsorientierte Ausrichtung des Difu

An dieser Schnittstelle leistet das Difu seit mehr als 30 Jahren als kommunalwissenschaftliche Forschungseinrichtung der Städte wertvolle Arbeit und stellt sich aktuellen und künftigen Herausforderungen. Diese Unterstützung ist heute wichtiger denn je, da viele Städte die eigene Stadtforschung häufig aus finanziellen Gründen aufgeben mussten. Diesen Verlust kann das Difu teilweise kompensieren – mit dem zusätzlichen Vorteil, dass das Institut durch die Möglichkeit der „Quer- und Draufsicht“ auf eine Vielzahl von Städten zusätzlich Chancen zur Verallgemeinerung, zu breit abgesicherten Empfehlungen sowie zu stadtyp-spezifischen Aussagen ermöglicht.

Das Difu leistet daher im Interesse der Städte, Gemeinden und kommunalen Spitzenverbände praxisbezogene Forschung, Anwendungsberatung und Fortbildung; es erarbeitet Veröffentlichungen und betreibt Informationsnetzwerke. Durch die Kooperation mit anderen Akteuren des föderalen und gesellschaftlichen Systems wie Bund, Ländern, weiteren Aufgabenträgern, Wirtschaft und Nichtregierungs-Organisationen können zudem Synergieeffekte ausgeschöpft werden. Das Institut sorgt durch einen kontinuierlichen inhaltlichen und organisatorischen Anpassungsprozess dafür, dass die verfügbaren Ressourcen in prioritären Arbeitsfeldern eingesetzt werden. Zentrale Voraussetzung für die Erfüllung der Funktion einer Wissenschaftseinrichtung, die als praktischer Beraterstab, als Moderator, aber vor allem auch als Vermittler und Fortbildungseinrichtung zur Verfügung stehen soll, ist jedoch auch ihre personelle und finanzielle Grundsicherung. Andernfalls sind weder die unerlässliche interdisziplinäre Zusammensetzung und die notwendige Methodenkompetenz zu gewährleisten, noch kann die wichtige Vermittlungsfunktion in die Praxis durch Fortbildung sowie Informationsaufbereitung abgedeckt werden.

Difu-Forschungsthemen sind keine „Elfenbeinturm-Themen“: Soziale Stadt, Stadumbau Ost, Quartiermanagement, Novellierung des Baugesetzbuches, Gesundheit und Stadtentwicklung, Unternehmens- und Grundsteuerreform, Erneuerungsbedarf kommunaler Infrastrukturen, Public Private Partnership, IuK und Stadtentwicklung, Nahverkehrsplanung, Ausgestaltung von Umweltzonen, Effekte der Globalisierung auf Städte und deren Handlungsfähigkeiten, Förderung

Tipps zum Weiterlesen

- Ivo Gönner und Alfred Katz, Die Renaissance der kommunalen Selbstverwaltung in: der staedtetag, 2/2007, S. 20-25.
- Hasso Brühl u.a. Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?, Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Bd. 41, 2005.
- Bettina Anne Sollberger, Wissenskultur, Erfolgsfaktor für ein ganzheitliches Wissensmanagement, Haupt-Verlag, Bern, 2007.

des Radverkehrs, demographische Veränderungen und ihre Konsequenzen, soziale Sicherheit in Städten, Jugendhilfe. Difu-Arbeit zeichnet sich durch einen hohen Grad an Inter- und Transdisziplinarität, Handlungs- und Umsetzungsbezug, Umsetzungserfahrungen sowie Erfahrungen in der Vermittlung an die Praxis aus. Hier unterscheidet sich das Institut deutlich von der Hochschulforschung, der Forschung in Großforschungseinrichtungen oder anderen raumwissenschaftlichen Einrichtungen.

Unter dem Leitbegriff „Zukunft der Städte und Stadtregionen“ arbeitet das Institut künftig mit folgenden Themenakzentuierungen:

- Globaler und europäischer Handlungsrahmen der Städte
- Position der Städte in Europa und im deutschen Verfassungssystem
- Handlungsfähigkeit der Städte
- Renaissance der Städte im politischen System
- Renaissance der Städte als Wohn- und Wirtschaftsstandorte

Die zu bearbeitenden Themen werden künftig in vier zentrale Themenfelder gruppiert, wobei Teilthemen aufgrund ihrer vielfältigen Verflechtungen auch übergreifend mit Schwerpunktzuordnungen bearbeitet werden (Beispiele hierfür sind Public Private Partnership, Lärmschutz, Klima, funktionsfähige Zentren, alte Menschen):

- Wirtschaft, Finanzen/Steuern, Infrastruktur
- soziale Stadtentwicklung, Demographie, Integration
- Stadtstrukturen, baulich-räumliche Stadtentwicklung, Mobilität
- Umweltqualitäten, integrierter Umweltschutz

Das Difu stellt sich weiterhin der Herausforderung, „große“ und „kleine“ Trends und

deren Wirkungen auf die Städte, deren Chancen und Risiken sowie deren Gestaltungsspielräume aufzuzeigen. Dies gilt für Themen wie Globalisierung, Einflüsse der EU, Demographie, Zukunft der Arbeit, Leistungsfähigkeit der Zivilgesellschaft, Ausgestaltung der Daseinsvorsorge, Klimawandel und dessen Auswirkungen auf Stadtentwicklung, Gesundheit, Infrastrukturen oder Kooperationen in Stadtregionen. Das Institut wird auch künftig – in enger Kooperation mit den Gemeinden – Bundesprogramme und -projekte begleiten und unterstützen, wie dies im Rahmen von Assistenzforschung oder Planspielen umgesetzt wurde und gerade umgesetzt wird – Beispiele hierfür sind „Stadt 2030“, „REFINA“, „Soziale Stadt“, „Novelle des Baugesetzbuches“, „EU-Rahmenpapier zur Leipzig-Charta“.

Im Rahmen der Aufgaben des Wissensmanagements durch Wissensgenerierung, -aufbereitung und -vermittlung will das Difu auch in Zukunft das Vertrauen der Partner aus Städten, kommunalen Spitzenverbänden, Bund, Ländern, Stiftungen, sonstigen Aufgabenträgern wie auch der Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Gruppen durch Kompetenz, Leistungsfähigkeit, Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit, Kooperation und Vermittlerfunktion erhalten und ausbauen. Dazu sind wissenschaftliche und anwendungspraktische Grundausrichtung, fachliche und methodische Kompetenz, Fähigkeiten zu Transfers in die Praxis, Kommunikations- und Vermittlungsfähigkeit auch künftig unabdingbare Voraussetzungen, die über ein internes Qualitätscontrolling gesichert werden.

Angeichts der veränderten Rahmenbedingungen sowie der gestiegenen Anforderungen an kommunales Handeln kann wohl kaum ein Zitat treffender sein, als folgendes aus der Difu-Leserumfrage zum Berichtsheft: „Gäbe es das Difu nicht, müsste man es erfinden!“

Der kurze Draht: www.difu.de

- **Homepage:** www.difu.de
- **Veröffentlichungen:** www.difu.de/publikationen/
- **Fortbildung:** www.difu.de/seminare/
- **Newsletter „Berichte“:** www.difu.de/publikationen/difu-berichte/
- **Extranet:** www.difu.de/extranet/
- **Datenbanken:** www.difu.de/infodienste/
- **Medieninfos und Presseresonanz:** www.difu.de/presse/
- **Broschüre Leistungsprofil:** www.difu.de/leistungsprofil/leistungsprofil.pdf
- **Projektforen:** www.difu.de/projektforen/
- **Jahresbericht:** www.difu.de/archiv/Jab-06.pdf

Neue Baugebiete: Gewinn oder Verlust für die Gemeindekasse?

Neue Difu-Studie über die fiskalische Wirkungsanalyse neuer Wohn- und Gewerbegebiete

Problemdarstellung und politische Ziele

Im Jahre 2005 betrug die Rate der Umwandlung von Freiflächen in Siedlungs- und Verkehrsflächen täglich rund 117 ha. In der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung wurde deshalb das Ziel formuliert, die Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke auf maximal 30 Hektar pro Tag bis zum Jahr 2020 zu begrenzen. Um dieses äußerst ehrgeizige Ziel zu erreichen, sind viele Maßnahmen nötig, die bei Siedlungsflächen auf der Angebots- und Nachfrageseite wirken. Grundvoraussetzung ist, die Kenntnisse von Verwaltungen, Kommunalpolitikern und Bürgern über die Folgen der Flächeninanspruchnahme zu verbessern. Dazu gehört als wesentlicher Baustein, die Auswirkungen auf kommunale Haushalte zu verdeutlichen.

Die vom Difu im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz durchgeführte Studie zielt auf die Erstellung eines einfachen Rechenmodells, mit dem die kommunalfiskalischen Effekte der Umwandlung von Frei- in Wohn- oder Gewerbeflächen abgeschätzt werden können. Die Untersuchung konzentriert sich dabei auf die Erträge und Kosten der einzelnen Gemeinden. Die Effekte auf andere öffentliche Haushalte (andere Gemeinden, Kreis, Land) bleiben berücksichtigt.

US-amerikanische Literatur

Einleitend wird ausführlich auf die amerikanische Literatur eingegangen. Aufgrund anderer Rahmenbedingungen wird dort die Debatte um fiskalische Wirkungen der Umwidmung von Flächen unter Einbeziehung der Nutzung als Freifläche oder für landwirtschaftliche Zwecke schon seit längerem geführt. Mittlerweile liegen diverse Studien und Berechnungen vor, die in der politischen Auseinandersetzung eine erhebliche Rolle spielen. Sie werden bei allen größeren Bauvorhaben durchgeführt, Hauptauftraggeber sind Bauträger, Kommunen oder auch Umweltverbände. In einigen Bundesstaaten sind die Analysen vorgeschrieben. Sie gehören inzwischen zum Planungsstandard (mainstream planning practice) neuer größerer Vorhaben und sind Bestandteil der Planausbildung. Durchgeführt werden sie meist von spezialisierten Consultingfirmen

und Universitäten. Durch den sehr hohen Anteil der Grundsteuer an den Einnahmen der meisten Städte und Gemeinden der USA sind die Ergebnisse dieser Berechnungen für Deutschland nicht anwendbar, die Methoden sollten jedoch in die deutschen Überlegungen und Modelle einfließen.

Deutsche Literatur

In Deutschland gibt es bereits zahlreiche Forschungen zur fiskalischen Wirkung von neuen Baugebieten. Diese begannen mit der Kostenanalyse einer Erschließung im Rahmen der städtebaulichen Kalkulation Anfang der 1970er-Jahre. Anschließend wurden Untersuchungen durchgeführt, die besonders die Einnahmenseite der Ausweisung neuer Baugebiete, vor allem im Zuge der Suburbanisierung, im Blick hatten. Erst in den letzten Jahren entstanden mehrere Forschungsarbeiten, die von einem „ganzheitlichen“ Ansatz ausgehen. Die Ergebnisse sind allerdings nicht eindeutig, was auch auf die unterschiedlichen methodischen Ansätze zurückzuführen sein kann. Zudem handeln die meisten Untersuchungen von Wohngebieten, Gewerbegebiete sind seltener dabei.

Modellbildung

Für die Modellrechnungen wird eine Nettobaulandfläche von 10 000 m² (1 ha) angenommen, auf der 15 Eigenheime für insgesamt 60 Personen gebaut werden. Das Gewerbegebiet soll auf der gleichen Bruttofläche errichtet werden, da die Erschließungsanlagen aber weniger Fläche als bei den Wohngebieten beanspruchen, ist die verfügbare Nettofläche etwas größer. Darauf soll ein Verwaltungsgebäude für 50 Beschäftigte und ein Produktionsbetrieb mit 25 Beschäftigten errichtet werden. Im Einzelfall muss das Modell an die örtlichen Verhältnisse angepasst werden.

Gestützt durch Literatur und empirische Untersuchungen wurden für die Wohn- und Gewerbegebiete durchschnittliche einmalige Erschließungskosten abgeschätzt und in kalkulatorische Abschreibungen über die voraussichtliche Lebensdauer umgerechnet. Dies ermöglichte, die Abschreibungen zu den jährlichen Betriebskosten der Einrichtungen zu addieren, um die Bruttobelastung der Gemeinde durch die neuen Gebiete aus-

weisen zu können. Zuweisungen wurden berücksichtigt, soweit sie der Gemeinde gesetzlich in jedem Fall zustehen (z.B. für den Betrieb der Kindergärten). Fakultative Zuweisungen, insbesondere für den Bau von Gewerbegebieten oder die Ansiedlung von Betrieben, wurden nicht einbezogen.

Auf der Einnahmenseite wurden spezifische Bedingungen der alten und neuen Bundesländer bei der Berechnung der Grundsteuern und der Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer berücksichtigt. Exemplarisch waren zwei Gemeinden aus Nordrhein-Westfalen und Brandenburg einbezogen. Besonders betrachtet wurde der mögliche Ertrag der Gewerbesteuer. Dabei ging man von durchschnittlichen Werten aus, die in den jeweiligen Landkreisen pro Beschäftigtem (ohne öffentlicher Dienst) erzielt werden konnten.

Zusätzliche Einwohner und zusätzliche Steuereinnahmen werden in den Berechnungsmodus des jeweiligen kommunalen Finanzausgleichs einbezogen. Davon ausgenommen sind lediglich Konzessionsabgaben und kleine Kommunalsteuern. Eine höhere Einwohnerzahl führt demzufolge zu höheren Einnahmen aus den Schlüsselzuweisungen in beiden Gemeinden, da diese eine wesentliche Grundlage der Bedarfsberechnung für die Zuweisungen ist. In Nordrhein-Westfalen werden zusätzlich auch höhere Zahlen von Schülern und Beschäftigten berücksichtigt. Diesen Einnahmen erhöhenden Faktoren stehen „Abzüge“ bei den Steuereinnahmen gegenüber, die durch die Veränderung der Differenz zwischen Bedarf und Steuerkraft aufgrund einer Erhöhung der Steuerkraft entstehen. Die Differenz zwischen Bedarf und Steuerkraft wird in Nordrhein-Westfalen zu 90 Prozent und in Brandenburg zu 75 Prozent ausgeglichen, daher bleibt von den Zuwächsen bei den Steuereinnahmen wenig übrig. Zusätzlich bilden die Steuereinnahmen mit den Schlüsselzuweisungen die Berechnungsbasis für die Kreisumlage, weshalb die zusätzlichen Einnahmen nochmals sehr reduziert werden. Vor allem bei Gewerbegebieten wirkt sich dieser Mechanismus sehr nivellierend aus.

Ergebnisse der Modellrechnungen

- Betrachtet man das Ergebnis unter der Annahme, dass nur die innere Erschließung erstellt werden muss, dann wirft das zusätzliche Wohngebiet in beiden Gemeinden ein deutlich positives Ergebnis für die Gemeindefinanzen ab, wobei das Ergebnis in Brandenburg wegen der geringeren Abschöpfung der zusätzlichen Steuern und der höheren Beträge der Schlüssel-

zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich besser ausfällt. Im Falle des Gewerbegebietes ist nur das Ergebnis der Brandenburger Gemeinde deutlich positiv, das Ergebnis der Gemeinde in Nordrhein-Westfalen ist eher als neutral einzustufen.

- Unter Einbeziehung der notwendigen äußeren Erschließung ist der Saldo der Erträge und Kosten nur bei den beiden zusätzlichen Wohngebieten positiv bis neutral, bei den Gewerbegebieten fällt er in beiden Gemeinden negativ aus.
- Die Einbeziehung der Kosten für Grundschulen und Kindergärten führt zu einer starken Verschlechterung des Saldos aus Erträgen und Kosten bei beiden Wohngebieten. Dieser Saldo ist so stark negativ, dass auch dort, wo genügend räumliche Kapazitäten vorhanden sein dürften, bereits durch die Abdeckung der Betriebskosten der beiden sozialen Einrichtungen ein negatives Ergebnis erzielt wird.
- Die Einbeziehung der Wirkung von Einkommenseffekten bringt kaum eine Veränderung, da die Wirkungen in der Summe – insbesondere in kleineren Städten – aufgrund des Abflusses der Kaufkraft in andere Gemeinden eher gering ausfallen.
- Die fiskalischen Wirkungen und ihre Bilanz hängen überwiegend von der Größe der Maßnahme und den daraus resultierenden Erschließungskosten sowie dem Verhältnis von Wachstum (Einwohner- und Unternehmenszuwachs) und gemeindeinterner Umverteilung (Wanderung, Betriebsverlagerung) ab. Die Modellrechnungen markierten die Eckwerte möglicher fiskalischer Rentabilität.

Es ist deutlich geworden, dass Maßnahmen, die mit der Notwendigkeit der Finanzierung innerer und äußerer Erschließung verbunden sind und nur mit innergemeindlichen Umzüglern (Einwohner, Betriebe) belegt werden, wenig bis keine fiskalische Rentabilität erwarten lassen.

Die Möglichkeit der Verhinderung von Abwanderung – die zwar Kosten produziert, aber Einnahmen zumindest stabilisieren kann – wurde nicht einbezogen. Dies ist zu diskutieren, da mit Ausweisung von Flächen unter diesen Bedingungen zwar fiskalisch ein schlechtes „Geschäft“ gemacht, andererseits aber die Attraktivität der Gemeinde als Wohn- und Arbeitsstandort erhalten wird.

Die Modellrechnungen verdeutlichen, wie schwer eine Modellierung fiskalischer Folgen von Baulandausweisungen ist, da eine Vielzahl von Parametern berücksichtigt werden muss. Die Ergebnisse wurden zudem unter für die Gemeinden recht günstigen An-

nahmen erzielt. Ein Saldo fiel noch wesentlich ungünstiger aus, wenn nicht von Zuzügen von außen in die Gemeinde ausgegangen, sondern die Besiedlung des neu ausgewiesenen Gebiets durch Umzüge innerhalb der Gemeinde erfolgen würden. Dann würden keine zusätzlichen Einwohner für höhere Steuereinnahmen und höhere Einnahmen aus dem Finanzausgleich sorgen.

In der Studie wird auch der Frage nachgegangen, welche finanziellen Folgen für eine Gemeinde bei der Nichtausweisung von Bauland entstehen könnten. Landwirtschaftliche Tätigkeiten bringen einer Gemeinde kaum Geld in die Kasse, belasten sie aber auch nicht sehr. Naturschutzmaßnahmen – wie die Ausweisung von Nationalparks u.ä. – können zu Einnahmesteigerungen in der Gemeinde durch Pflegemaßnahmen sowie die Einnahmen durch erhöhte Besucherzahlen führen, jedoch sind die Wirkungen auf die Gemeindekassen gering.

Schlüsse und Empfehlungen

Die Studie macht deutlich, dass das Thema der kommunalfiskalischen Wirkungen von Flächenausweisungen von zentraler Bedeutung für die Kommunen ist, bislang noch nicht ausreichend untersucht wurde und vor allem bisher nicht ausreichend in der kommunalen Praxis berücksichtigt wird. Trotz der Tatsache, dass die kommunalfiskalische Analyse nur einen Ausschnitt aus der ökonomischen Analyse der Folgen von Flächenausweisung und Flächeninanspruchnahme darstellt, ist für eine Transparenz der Folgen weiterer Flächenumwidmung ihr breiter Einsatz zu fordern. Die Einbeziehung der fiskalischen Wirkungen ist dabei vor allem für die strategische Ausrichtung der Bau- und Flächenpolitik der Gemeinden und Regionen wünschenswert.

Außerhalb des Rechenmodells wurde geprüft, welche Alternativen zur Ausweisung an Bauland für die kommunalen Haushalte bestehen. Im Blick waren der Beitrag der Landwirtschaft, die Ausweisung von Naturschutzgebieten sowie stärkere touristische Nutzungen.

Um die Transparenz der fiskalischen Wirkungen alternativer Flächenausweisungen zu erhöhen, sollten zwei Wege beschritten werden:

- Einfache Rechenmodelle der fiskalischen Folgen sollten weiterentwickelt und den Gemeinden verfügbar gemacht werden. Dies könnten einfache Computerprogramme sein, die leicht auf die spezifischen örtlichen Gegebenheiten angepasst werden können.

- Wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung der Qualität der Kalkulationsergebnisse ist die Verbesserung der Datenverfügbarkeit. Dazu ist es dringend notwendig, insbesondere die Daten für die Erschließungskosten systematisch aufzubereiten, um daraus aktuelle und nutzbare Kostenkennwerte zu entwickeln.

Die Modellrechnungen zeigen, welchen großen Einfluss die Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs auf das Ergebnis hat. Die relativ hohen zusätzlichen Zahlungen, welche Gemeinden bei Zuzug von Einwohnern erhalten, bilden einen ständigen finanziellen Anreiz, neue Wohngebiete auszuweisen. Es ist zu prüfen, wie dieser Anreiz gemindert werden kann.

Die Art und Zahl der Erschließungsmaßnahmen, die in die Erhebung einbezogen werden können, ist durch das Gesetz auf die innere Erschließung begrenzt. Zwar übernimmt bei größeren Bauvorhaben der Investor im Rahmen eines Erschließungsvertrags häufig auch den Bau weiterer Einrichtungen, der Betrieb dieser Einrichtungen bleibt aber Sache der Gemeinde. Eine Ausweitung der als Beiträge zu erhebenden bzw. abzuwälzenden Kosten scheint sinnvoll.

Im Gegensatz zu den USA wird die Diskussion um fiskalische Wirkungen bisher in Deutschland eher akademisch geführt. Solche fiskalischen Kalkulationen sind weder gesetzlich vorgeschrieben noch in der planerischen Praxis bislang üblich. Sie sollten aber auch in Deutschland Bestandteil der planerischen Praxis werden, was voraussetzt, dass eine entsprechende Ausbildung an den Universitäten erfolgt.

Weitere Informationen:
Dipl.-Volkswirt
Michael Reidenbach
Telefon: 030/39001-295
E-Mail: reidenbach@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Erscheinungstermin:
voraussichtlich Mitte Juni '07

Die fiskalische Bewertung von neuen Wohn- und Gewerbegebieten im Überblick

Saldo	Wohngebiet in einer Umlandgemeinde		Gewerbegebiet in einer Umlandgemeinde	
	Brandenburg	Nordrhein-Westfalen	Brandenburg	Nordrhein-Westfalen
Innere Erschließung	++	++	+	0
Innere und äußere Erschließung	+	0	-	--
Innere und äußere Erschließung zuzüglich Grundschule und Kindergarten	--	--		

++ Ergebnis sehr positiv, + Ergebnis positiv,
0 Ergebnis annähernd neutral, - Ergebnis negativ, --Ergebnis sehr negativ

Deutsches Institut für Urbanistik



Kommunales Energiemanagement



Die Bedeutung des kommunalen Energiemanagements wächst stetig. Weiterhin steigende Preise für Strom, Gas und Öl sowie die damit verbundene Notwendigkeit der Energieeinsparung und der möglichst effizienten Nutzung der Energieressourcen sind wichtige Gründe dafür. In vielen Städten konnte bereits in den vergangenen Jahren durch kommunales Energiemanagement nachweislich der Einsatz von Wärme, Strom und Gas kontinuierlich reduziert und damit die kommunalen Haushalte entlastet werden. Zugleich wurden dadurch Ressourcen geschont und die Luftbelastung sowie der Ausstoß von Treibhausgasen vermindert, so dass ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden konnte.

Die Anforderungen an den Klimaschutz und die aktuellen Diskussionen über den Klimawandel liefern weitere wichtige Argumente für das kommunale Energiemanagement. Der ungewöhnlich milde Winter, heftige Stürme, sommerliche Temperaturen sowie die Trockenheit im Frühjahr haben auch der Bevölkerung die Notwendigkeit zur Durchführung von Maßnahmen und Projekten für Energieeffizienz und Klimaschutz verdeutlicht. Aber auch in der Politik – weltweit, auf EU- und Bundesebene – hat das Thema Klimaschutz wieder Konjunktur. Die jüngst erschienenen Berichte des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) zogen die Aufmerksamkeit auf die herausragende Bedeutung des Klimaschutzes. Bereits zu Beginn der 90er Jahre wurde der Treibhauseffekt als größte Herausforderung für den Klimaschutz erkannt. Mit der Klimarahmenkonvention und dem Kyoto-Protokoll existieren schon seit längerem Grundlagen für ein weltweit koordiniertes Vorgehen. Angesichts ihres hohen Anteils an den Treibhausgasemissionen sowie ihrer technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten sind die Industriestaaten hierbei besonders gefordert. Vor diesem Hintergrund ist konsequentes Handeln auf internationaler, nationaler und auch kommunaler Ebene erforderlich.

Eine der Hauptaufgaben des kommunalen Energiemanagements liegt daher künftig darin, die noch bestehenden und sich durch weitere Innovationen eröffnenden Möglichkeiten zur Energieeinsparung und Energieeffizienz auszuschöpfen. Darüber hinaus sind die Kommunen gefordert, sich an dem forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien zu beteiligen.

Grundsätzlich besteht in den Kommunen Einigkeit darin, dass der Einsatz erneuerbarer Energien verstärkt werden muss und hier noch erhebliche Potenziale ausgeschöpft werden können. Die damit verbundenen Vorteile der Verminderung von CO₂-Emissionen, Versorgungssicherheit, der hohe Imagegewinn und die Beschäftigungseffekte wurden von den Kommunen längst erkannt. Hemmnisse werden darin gesehen, dass die finanziellen Investitionen und eine teilweise noch zu geringe Wirtschaftlichkeit erneuerbarer Energien den begrenzt zur Verfügung stehenden kommunalen Mitteln und dem Sanierungstau bei öffentlichen Gebäuden entgegenstehen. So lassen sich photovoltaische Anlagen auf oder an kommunalen Gebäuden trotz heute weit besserer Strom-einspeisevergütungen bisher nur in Ausnahmefällen wirtschaftlich darstellen. Aufgrund fehlender Investitionsmöglichkeiten stellen daher einige Städte die Wand- und Dachflächen ihrer öffentlichen Gebäude privaten Akteuren zur Verfügung, die diese dann für die Installation von Solarkollektoren oder Solarzellen nutzen.

Flankiert wird der Beitrag der Kommunen zur Umsetzung von Energieeffizienz- und Klimaschutzmaßnahmen durch zahlreiche in den vergangenen Jahren in Kraft getretene nationale Regelungen. Dazu zählen das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“, mit dem Stromerzeugung durch erneuerbare Energien gefördert wird, die Mobilisierung von Energiesparpotenzialen im Bereich Bauen und Wohnen durch die Energiesparverordnung oder die Förderung der energetischen Gebäudesanierung im Rahmen von KfW-Programmen zur CO₂-Minderung.

Zahlreiche realisierte Maßnahmen und Projekte waren in vielen Städten und Gemeinden bereits erfolgreich. Sie dokumentieren das kommunale Engagement für den Klimaschutz. Damit sind Städte und Gemeinden beispielgebend für Bevölkerung und Privatwirtschaft und üben eine wichtige Vorbildfunktion aus. Aber auch andere Kommunen können durch diese Praxisbeispiele zur Nachahmung angeregt werden.

Eine wichtige Plattform für Fortbildung und Erfahrungsaustausch ist der jährlich stattfindende Deutsche Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten. Er wird seit 1995 vom Difu gemeinsam mit einer Gastgeberstadt und weiteren Kooperationspartnern

– dem Arbeitskreis „Energieeinsparung“ des Deutschen Städtetages und den kommunalen Spitzenverbänden (DST, DSTGB, DLT) sowie den jeweils zuständigen Landesministerien – durchgeführt.

Im Rahmen des Kongresses wird nicht nur über aktuelle Rahmenbedingungen informiert, die vor allem auf die Neuerungen bei Gesetzen und Verordnungen zurückzuführen und damit für das Agieren und Reagieren der Energiebeauftragten maßgebend sind. Wesentliche Schwerpunkte sind die von Kommunen selbst durchgeführten Maßnahmen und Projekte des kommunalen Energiemanagements. Hier werden Erfolge präsentiert, aber auch über Hemmnisse auf dem Weg zu einem erfolgreichen Energiemanagement diskutiert. Dies trägt zur Motivation und Nachahmung bei, außerdem unterstützt es andere Energiebeauftragte bei der Realisierung eigener Projekte und hilft bei der gemeinsamen Suche nach Lösungsmöglichkeiten für anstehende Probleme. Workshops zu den Themen Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Energie im Gebäudemanagement, Contracting, Energieeinkauf, Energiemanagement in kleinen und mittleren Kommunen sowie Beratung und Öffentlichkeitsarbeit verdeutlichen die ganze Bandbreite aktueller Fachthemen, die von den Kommunen bearbeitet werden.

Die Beiträge der Referenten sowohl aus den Veranstaltungen im Plenum als auch aus den Workshops werden regelmäßig in vom Difu dokumentiert. Dies soll bietet den Teilnehmern die Möglichkeit, die Erträge des Kongresses nochmals nachzulesen und auch all jenen, die nicht teilnehmen konnten, die vielfältigen Ansätze des kommunalen Energiemanagements näher zu bringen.

Der Fachkongress tagte am 12. und 13. März 2007 in Nürnberg. Über 200 Teilnehmer trafen sich zum Informations- und Erfahrungsaustausch über aktuelle Rahmenbedingungen, Maßnahmen und Projekte des kommunalen Energiemanagements.

Vor dem Hintergrund der EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und der Novelle der Energieeinsparverordnung (EnEV) stand in diesem Jahr die Gebäudeenergieeffizienz im Mittelpunkt der Fachvorträge im Plenum. Die neue EnEV setzt die EU-Richtlinie für energieeffiziente Gebäude in deutsches Recht um und wird ab 2008 den Energieausweis auch im Baubestand schrittweise einführen. Aus kommunaler Sicht sind insbesondere die Einführung obligatorischer Energieausweise für den Gebäudebestand sowie der hiermit verbundene

Aushang dieser Ausweise in öffentlichen Gebäuden mit großem Publikumsverkehr und einer Nutzfläche von über 1000 m² von Bedeutung. Des Weiteren wurden in insgesamt 20 unterschiedlichen Workshops Maßnahmen, Projekte und Strategien zu folgenden Themenschwerpunkten diskutiert:

- Energieeffizienz,
- Kommunales Energiemanagement, in kleinen und mittleren Kommunen,
- Energie im Gebäudemanagement,
- Erneuerbare Energien,
- Beratung und Öffentlichkeitsarbeit.

Den Teilnehmern wurde die Möglichkeit geboten, sich intensiv über Projekte anderer Kommunen zu informieren, über diese zu diskutieren und eigene Erfahrungen mitzuteilen.

Seit dem ersten Kongress 1995 in Frankfurt am Main ist die Anzahl der Teilnehmer stetig gestiegen. Zunehmend nehmen Interessenten aus kleinen Städten und Gemeinden teil. Dies ist sicherlich darauf zurückzuführen, dass nach den großen Städten inzwischen auch dort Stellen für Energiebeauftragte eingerichtet werden.

Die Weiterbildung und der Erfahrungsaustausch werden vom Difu und seinen Kooperationspartnern fortgesetzt. Der nächste – und damit 13. – Kongress findet am 7. und 8. April 2008 in Kaiserslautern mit dem Schwerpunkt „Klimaschutz und kommunales Energiemanagement“ statt.

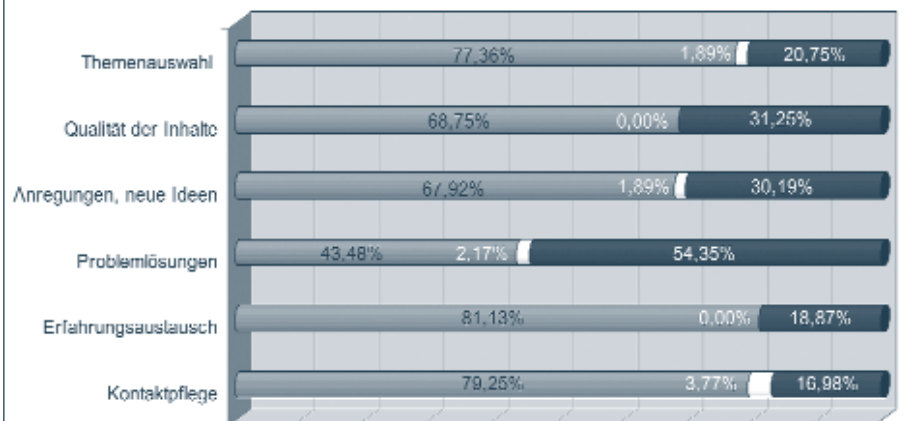
Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
 Telefon: 0221/340 308-18
 E-Mail: roesler@difu.de

Bestellung:
 siehe Bestellschein

12. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten

Wurden Ihre Erwartungen erfüllt hinsichtlich...?



■ Ja □ Nein ■ zum Teil

Deutsches Institut für Urbanistik

Flächenkreislaufwirtschaft

Eine zukunftsfähige Strategie für Stadtregionen und Städte



Ergebnisse und Veröffentlichungen aus dem ExWoSt-Forschungsfeld „Fläche im Kreis“ für die kommunale Praxis

In Deutschland wird täglich eine Fläche von rund 140 Fußballfeldern verbraucht, obwohl aufgrund der demographischen Entwicklung jährlich weniger Menschen das Land bewohnen. Weniger Menschen heißt weniger Auslastung der Infrastruktur. In Gebäude und Straßen muss jedoch stets investiert werden, um Wert und Nutzen dauerhaft zu sichern. Weniger Flächen neu in Anspruch nehmen, brachliegende Flächen mobilisieren und gleichzeitig die Haushalte entlasten ist das Ziel. Dazu ist der Einsatz eines neuen Policy-Mix zur wirksamen Verminderung des Flächenverbrauchs nötig, begleitet durch eine stärkere Konzentration der Stadtentwicklung auf die Innenbereiche. Flächen möglichst dauerhaft in Nutzung zu halten, lautet die Devise der Flächenkreislaufwirtschaft.

Das dreijährige Forschungsvorhaben „Fläche im Kreis – Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung“ wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR) vom Deutschen Institut für Urbanistik in Kooperation mit der Projektgruppe Stadt + Entwicklung und der Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse bearbeitet. Mit einer Reihe praxisnaher Publikationen wird das Projekt abgeschlossen.

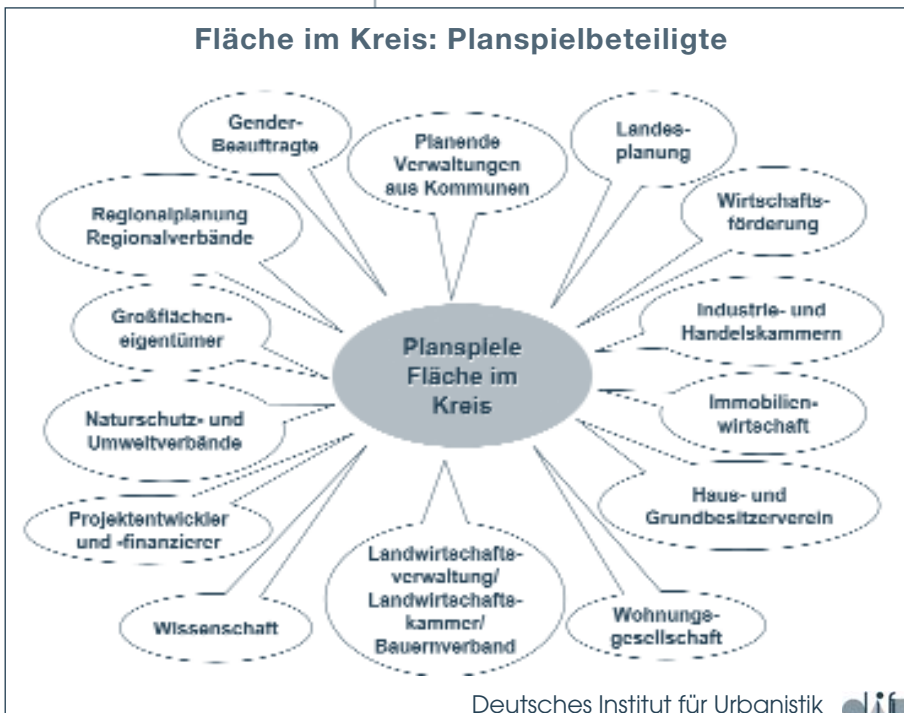
In Planspielen erarbeiteten die Wissenschaftler mit kommunalen Praktikern Strategien und Instrumente zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme auf 30 Hektar pro Tag bis zum Jahr 2020. Beteiligt an dem Forschungsfeld des „Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)“ waren die StadtRegion Stuttgart, die Region Mölln, die Planungsregion Rheinhessen-Nahe, die Stadt Duisburg sowie die Planungsregion Nordthüringen.

Ausgehend vom integrativen Politik- und Steuerungsansatz der Flächenkreislaufwirtschaft wurden in den fünf Regionen bestehende und neue Instrumente geprüft, mit denen sich Städte und Stadtregionen den flächenpolitischen Zielen der Bundesregierung im Sinne einer Flächenkreislaufwirtschaft annähern können. Während die Status-quo-Planspiele überwiegend an vorhandene Instrumente und Rahmenbedingungen anknüpften, wurde bei „Neue Instrumente“-Planspielen überprüft, wie sich wesentliche Veränderungen bei den vom Bund oder den Ländern gesetzten Rahmenbedingungen auf die stadtregionalen Handlungsoptionen und das tatsächliche Handeln der lokalen und regionalen öffentlichen und privaten Akteure auswirken.

Akteure und Instrumente der Flächenkreislaufwirtschaft

Die Planspielbeteiligten plädierten für einen politik- und handlungsfeldübergreifenden Ansatz der Flächenkreislaufwirtschaft. Dieser sei notwendig, um bestehende Defizite in der Umsetzung sektoraler bzw. isolierter Maßnahmen und Instrumente zu überwinden. Besonders Kommunen, aber auch höhere Planungsebenen spielten eine zentrale Rolle für die Flächenkreislaufwirtschaft. Die öffentliche Hand müsse als Planungsträgerin wesentliche Weichen für die Flächenkreislaufwirtschaft stellen, sie sei bei der planerischen und finanziellen Vorbereitung von Umnutzungen, der Schließung von Baulücken, der Aufbereitung und Marktzuführung von vormals genutzten, marktfernen Flächen und der Entwicklung eines strategischen Flächenmanagements unerlässlich.

Bei konsequenter Anwendung ist das bestehende planerische Instrumentarium (Er-



Deutsches Institut für Urbanistik



gebnisse hierzu in Band 2 der Sonderveröffentlichungsreihe „Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft“) geeignet, die Außenentwicklung wirksam einzudämmen. In der Praxis werden jedoch die bestehenden Entscheidungsspielräume der politischen Verantwortungsträger auf kommunaler und regionaler Ebene oft nicht im Sinne der Flächenkreislaufwirtschaft genutzt. Daher sind veränderte Rahmenbedingungen, ergänzende Maßnahmen und neue Instrumente erforderlich, um die ambitionierten bundespolitischen Ziele der Flächeninanspruchnahme zu erreichen (Ergebnisse hierzu in Band 3 der Sonderveröffentlichungsreihe „Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft“).

Bestehende und neue Instrumente sollten künftig einen Policy-Mix bilden, der an die jeweiligen regionalen Entwicklungsdynamiken (wachsend, ausgeglichen, schrumpfend) angepasst werden muss.

Publikationen aus dem Forschungsfeld „Fläche im Kreis“

Das BBR gibt zum ExWoSt-Forschungsfeld „Fläche im Kreis“ eine dreibändige Sonderveröffentlichungsreihe heraus. In ihr sind Grundlagen der Flächenkreislaufwirtschaft sowie die Ergebnisse der Planspiele zu den Status-quo-Instrumenten und zu möglichen neuen Instrumenten veröffentlicht.

In der Reihe „Werkstatt: Praxis“ des BMVBS und des BBR erscheint außerdem ein Synthesebericht zum Forschungsfeld, in welchem die Schlussfolgerungen aus dem gesamten Forschungsfeld für eine Flächenkreislaufwirtschaft in Form von Empfehlungen an den Bund komprimiert dargestellt werden.

Weiterhin wurden acht Expertisen und Berichte aus dem Forschungsfeld herausgegeben, die als kostenlose Downloads unter www.flaeche-im-kreis.de verfügbar sind.

Folgende Produkte sind im Rahmen des Projekts erschienen bzw. werden voraussichtlich im Sommer 2007 erscheinen:

- Eine DVD mit dem Titel „Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft“ wird einen Videofilm sowie zahlreiche Veröffentlichungen zum ExWoSt-Forschungsfeld enthalten und somit als Informationspool zum Thema Flächenkreislaufwirtschaft für Praxisanwender und Öffentlichkeit dienen.
 - Sonderveröffentlichungsreihe Band 1: Theoretische Grundlagen und Planspielkonzeption, 144 S., kostenlos, erschienen im November 2006.
 - Sonderveröffentlichungsreihe Band 2: Was leisten bestehende Instrumente?, ca. 200 S., kostenlos.
 - Sonderveröffentlichungsreihe Band 3: Neue Instrumente für neue Ziele, kostenlos, ca. 150 S.
 - Abschlussbericht zum ExWoSt-Forschungsfeld „Fläche im Kreis“ in der BBR-Reihe „Werkstatt: Praxis“, Broschüre, ca. 80 S., kostenlos, auch zum Download unter www.exwost.de.
 - DVD „Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft“ mit Video „Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft“ (Langversion ca. 20 Minuten Spieldauer, Kurzversion ca. 3 Minuten Spieldauer), sämtlichen Printveröffentlichungen aus dem Forschungsfeld „Fläche im Kreis“ sowie Expertisen und weiteren Projektergebnissen dem Forschungsfeld „Fläche im Kreis“ als pdf-Vollversion, kostenlos.
- Expertisen und weitere Projektergebnisse aus dem ExWoSt-Forschungsfeld „Fläche im Kreis“ (kostenlos, pdf zum Download unter www.flaeche-im-kreis.de)
- Instrumente und Akteure in der Flächenkreislaufwirtschaft (Expertise), bearbeitet von Kilian Bizer, Arno Bunzel, Georg Cichorowski und Manuela Rottmann, 138 S., 2004, aktualisiert 2006.
 - Brachflächen in der Flächenkreislaufwirtschaft (Expertise), bearbeitet von Christa Böhme, Dietrich Henckel und Anja Besecke, 55 S., 2004, aktualisiert 2006.
 - Kooperationen in der Flächenkreislaufwirtschaft (Expertise), bearbeitet von Arno Bunzel, Ulrike Meyer und Manuela Rottmann, 53 S., 2004, aktualisiert 2006.
 - Internationale Erfahrungen im Brachflächenrecycling (Expertise), ca. 30 S., bearbeitet von Uwe Ferber und Peter Rogge, 2004, aktualisiert 2006.
 - Privatwirtschaftliche Akteure und Wiedernutzung von Brachflächen (Expertise), bearbeitet von Uwe Ferber, ca. 30 S., 2004, aktualisiert 2006.
 - Gender Mainstreaming in der Flächenpolitik (Expertise), bearbeitet von Stephanie Bock, 34 S., 2004, aktualisiert 2006.
 - Gender Mainstreaming in der Flächenpolitik am Beispiel der StadtRegion Stuttgart (Expertise), bearbeitet von Uta Bauer, 42 S., 2006.
 - Ergebnisse einer Akteursbefragung zur Flächenkreislaufwirtschaft in den Planspielregionen Stuttgart, Mölln, Rheinhesen-Nahe, Duisburg und Nordthüringen, bearbeitet von Gregor Jekel, 176 S., 2006.

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing. agr. Thomas Preuß
Telefon: 030/39001-265
E-Mail: preuss@difu.de
www.flaeche-im-kreis.de

Abschluss des Forschungsverbundes „Stadt 2030“



Im Forschungsverbund „Stadt 2030“ sollten Stadtforschung und Stadtpolitik über unmittelbare Tagesprobleme hinaus zur Entwicklung langfristiger Perspektiven angeregt werden. Die Projektergebnisse wurden in der fünfteiligen Publikationsreihe „Zukunft von Stadt und Region – Beiträge zum Forschungsverbund Stadt 2030“ vom Difu herausgegeben und im VS Verlag für Sozialwissenschaften publiziert. Damit ist dieses anspruchsvolle Forschungsunternehmen mit seinen 21 Projekten, 33 Städten und über 50 wissenschaftlichen Einrichtungen abgeschlossen.

2005 wurden bereits die ersten Forschungsergebnisse in den Themenbänden „Integration und Ausgrenzung in der Stadtgesellschaft“ (Band I) und „Perspektiven der Regionalisierung“ (Band II) veröffentlicht. 2006 erschienen weitere Ergebnisse in den Bänden III und IV (Themen: „Dimensionen städtischer Identität“ und „Chancen lokaler Demokratie“), zum Jahresbeginn 2007 schließlich auch im fünften und letzten Band.

Während die ersten vier Bände Einzelaspekte behandeln, wie etwa Integration, Regionalisierung, lokale Identität und lokale Demokratie, gibt der fünfte Band die Gesamtinterpretation durch die Begleitforschung wider. Sie kann jedoch angesichts des Umfangs und der Vielschichtigkeit von „Stadt 2030“ nur eine Annäherung sein, so ist unvermeidlich, dass zahlreiche Details und Einzelfragen nicht vertieft werden konnten. Dennoch sind einige große Linien und Problemstellungen gegenwärtiger und künftiger Stadtentwicklung bei allen Projekten des Forschungsverbunds sichtbar.

Bevölkerungsrückgang, Ressourcenverknappung, Übergang zur Dienstleistungs- und Kreativökonomie, Internationalisierung der Ökonomie sind „Megatrends der Stadtentwicklung“. Sie gefährden die Integrationsleistung der Stadt und damit den „sozialstaatlichen Konsens“ auf kommunaler Ebene. Die Projekte von „Stadt 2030“ verstehen sich alle als Reaktionen auf diese Gefährdung.

Auf dreifache Weise kann nun reagiert werden: Entweder durch Reformversuche, die diesen „sozialstaatlichen Konsens“ zu wahren versuchen, dabei sollen Gleichheit als

wichtigstes politisches Ziel und die Selbstständigkeit der politischen Institutionen erhalten bleiben. Auf der anderen Seite stehen revisionistische Konzepte, die den „sozialstaatlichen Konsens“ mehr oder wenig deutlich aufgeben. Als dritte Möglichkeit können „Alternativlösungen“ zum Zuge kommen, die neue Qualitäten der Stadt suchen, um sozial- oder wohlfahrtsstaatliche Normativität zu erreichen.

Reformorientiert arbeiten die meisten Projekte dieser Art. Sie stützten sich dabei auf eine oder mehrere Dimensionen, die die Stadt ausmachen, also entweder auf die Dimension „Stadt als Institution“, „Stadt als urbane Lebensweise“ oder „Stadt als Raumform“. Als Reformstrategien dominieren dabei Kooperationsformen im Sinne der „kooperativen Stadtentwicklung“ oder der „Demokratie als Kooperation“.

In der Dimension „Stadt als Institution“ stehen kommunale Kooperationen auf regionaler Ebene im Mittelpunkt (Projekte „Guben/Gubin“, „Görlitz/Zgorzelec“, „Karlsruhe“, „Schwalm-Eder West“, „Städteregion Ruhr“, „Wetzlar/Gießen“ u.a.). In diesen Kooperationen soll vor allem die Kommune als eigenständige Verwaltung auf regionaler Ebene gesichert werden, auch wenn die Vorstellungen über die Form dieser Kooperation teilweise weit auseinander gehen und sowohl reine Vertragskonstruktionen als auch die schrittweise Entwicklung regionaler Institutionen angedacht werden.

In der Dimension „urbane Lebensweise“ werden Reformansätze entwickelt, die darauf ausgerichtet sind, nachbarschaftliche Zusammenarbeit und Engagement zu stärken, sie fördern eine neue städtische Lebensweise, die sich von der traditionellen urbanen Lebensweise abgrenzt, die der Soziologe Georg Simmel als distanziert, individualisiert und intellektualisiert beschrieben hat.

Diese Strategien orientieren sich zunehmend an konkreten Zwecken oder Lebenslagen, etwa im Schulbereich (z.B. Projekt „Region Stuttgart“). Kooperationen innerhalb hergebrachter Raumeinheiten spielen hingegen eine weniger große Rolle als früher. Die Kooperationen können entweder

Tipps zum Weiterlesen:

- Julian Nida-Rümelin, Demokratie als Kooperation, Frankfurt/M. 1999.
- Georg Simmel, Die Großstädte und das Geistesleben, in: Ders., Gesamtausgabe Bd. 7, Frankfurt/M. 1995, S. 116-131.
- Ralf Dahrendorf, Über den Bürgerstatus, in: Bert van den Brink u. Willem van Reijen (Hrsg.), Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie, Frankfurt/M. 1995, S. 29-43.
- Ronald Inglehart, Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften, Frankfurt/M., New York 1998.

Kontakt zum Autor dieses Beitrages:
Dr. Albrecht Göschel
albrecht.goeschel@web.de

auf die politische Willensbildung abzielen (Projekt „Esslingen“) oder als Nachbarschaftshilfe zu besseren Lebensbedingungen beitragen, vor allem dann, wenn kommunale Wohlfahrtsleistungen zur Disposition stehen (als Ansätze in den Projekten „Bremen“ und „Dietzenbach“).

Am ehesten von traditionellen Planungskonzepten getragen sind Reformversuche, die sich auf die „Stadt als Raumform“ beziehen. Als Zukunftsmodelle tauchen Re-Urbanisierungsmodelle und Zwischenstadtkonzepte auf. Re-Urbanisierungsmodelle kamen jedoch nur in einem Fall zum Einsatz (Projekt „Region Braunschweig“), weiter verbreitet waren Zwischenstadtkonzepte (z.B. Projekt „Wetzlar/Gießen“).

Von diesen kooperationszentrierten Reformmodellen deutlich zu unterscheiden sind „Revisionskonzepte“ der Zukunftsentwicklung. Diese Konzepte verstehen die Stadt vor allem als konkurrenzorientiertes Unternehmen. Am deutlichsten werden diese Bedingungen dann, wenn zur Sicherung von Unterscheidungsvorteilen kulturelle Identitätskonstruktionen eingesetzt werden, um sich im Ressourcenwettbewerb uneinholbar zu positionieren. Die Ressourcen, um die konkurriert wird – gut ausgebildete, jüngere, deutsche Einwohner –, werden jedoch aus überregionaler Perspektive gesehen nicht vermehrt, wie es für Marktmodelle angenommen wird, sondern nur anders verteilt (am klarsten etwa im Projekt „Erlangen“, ansatzweise auch im Projekt „Kiel“). Da sich solche kommunale Zukunftsstrategien von Politiknormen, wie der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen im Staatsterritorium distanzieren, erscheint ihre Bewertung als „Revision des wohlfahrtsstaatlichen Konsenses“ gerechtfertigt. Im Forschungsverbund „Stadt 2030“ verfolgt eine nennenswerte Minderheit von Projekten derartige Konzepte.

Nur in Einzelfällen sind in „Stadt 2030“ Lösungen zu erkennen, die über die Alternative „Reform oder Revision“ hinausgehen. In ihren Realisierungen tendieren sie darüber hinaus zur Gruppe der Reformkonzepte, am deutlichsten im Projekt „Bremen“, das Zeitgerechtigkeit als neues Bürgerrecht anstrebt. Das Bremer Projekt kommt aber über eine eher karitative Zeitkoordination im Sinne lokaler Kooperation kaum hinaus. Ähnliches zeigt sich im Projekt „Dietzenbach“, das neue Basispolitik auf kommunaler Ebene verfolgt, tendenziell aber am Widerstand von Kommunalpolitikern gegen eine weitgehende Machtverlagerung „nach unten“ scheitert.

In „Stadt 2030“ kommt der Kooperation als Zukunftsstrategie zentrale Bedeutung zu. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum auf traditionelle Großutopien, wie etwa die „Gartenstadt“, die „funktionalistische“ oder „Industriestadt“ verzichtet wurde. Auch technische Visionen wie die „autogerechte“ oder „umweltgerechte Stadt“, oder Raumutopien wie die „verdichtete Stadt“ wurden nicht berücksichtigt. Jede dieser traditionellen Utopien verlangt eine uneingeschränkte Planungsmacht und vor allem tendieren sie dazu, auch Werte und das Verhalten von Menschen als Planungsgegenstand zu begreifen: „Gartenstadt“ und „funktionalistische Stadt“ entwarfen nicht nur Gebäude und Stadträume, sondern immer auch „den neuen Menschen“, wie klassische Stadtutopien auch. Von dieser Hybris ist gegenwärtiges Zukunftsdenken – so darf man nach „Stadt 2030“ konstatieren – weitgehend frei. Kooperative Stadtentwicklung als Zukunftsstrategie rechnet mit begrenzter Macht, mit Heterogenität, Pluralität und einer Vielfalt der Akteure und muss daher auf Großlösungen „aus einem Guss“ verzichten. Entsprechend den Bedingungen des kulturellen Wandels verliert auch im Forschungsverbund „Stadt 2030“ instrumentelle Rationalität ihre Dominanz. Die instrumentelle Rationalität verliert ihre Lösungskompetenz, die sie in der „klassischen Moderne“ erringen und behaupten konnte, gegenüber einer Wertrationalität, die sich in Kooperations- und Diskursverfahren, in einem „kommunikativen Handeln“, nicht in visionären technischen oder Raumentwürfen entfaltet. Das ist letzten Endes die überzeugende und plausible Botschaft aus „Stadt 2030“.

Weitere Informationen:
Dr. rer. pol. Stephanie Bock
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de
Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de



Die Bände sind im VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, erschienen.

Bestellung: VS Verlag für Sozialwissenschaften
Telefon: 0611/7878-0, Telefax: 0611/7878-400
www.vs-verlag.de/

[www.difu.de/publikationen/
liste.phtml?kategorie=Sonderveroeffentlichungen](http://www.difu.de/publikationen/liste.phtml?kategorie=Sonderveroeffentlichungen)

Meinungsforschung der Kommunen durch Umfragen

Wie funktioniert das?

Initiatoren von Verwaltungsbefragungen

An Kommunalverwaltungen gerichtete Umfragen enthalten häufig Fragen wie:

- Bitte schätzen Sie ein, welche Bedeutung das Entwicklungskonzept für die Beurteilung konkreter Ansiedlungsvorhaben hat.
- Würden Sie es begrüßen, wenn das Land Nordrhein-Westfalen Kriterien für die Ausweisung zentraler Versorgungsbereiche formulieren würde?
- Welche Aufgaben sind in Ihrer Kommune in diesem Jahr von besonderer Bedeutung für die Stadtentwicklung und Kommunalpolitik?

Die Beispiele zeigen, dass es bei diesen Befragungen nicht nur um „objektive“ Informationen geht, sondern auch um „subjektive“ Einschätzungen und Bewertungen.

Initiiert werden die Befragungen sowohl von der Praxis als auch aus dem Wissenschaftsbereich: Die staatliche Verwaltung auf Bundes- und Landesebene will mit den Befragungsergebnissen die Grundlagen für das Regierungshandeln verbessern. Die Kommunen und ihre Spitzenverbände nutzen Befragungen als Instrument des interkommunalen Erfahrungsaustauschs und der Verbandsarbeit. Verbände wie Industrie- und Handelskammern, die des Einzelhandels oder Wohnungswesens interessiert die ihren jeweiligen Wirkungskreis betreffende Meinung – aller oder einer wie auch immer getroffenen Auswahl der mehr als 14000 Kommunalverwaltungen der Bundesrepublik Deutschland.

Privatwirtschaftlich initiierte Befragungsvorhaben stehen üblicherweise in einem direkten oder indirekten Kontext von Versuchen, Informationsbedarf in geldwerte Nachfrage zu transformieren.

Die Wissenschaft erhofft sich hingegen für deskriptiv, kausal oder normativ angelegte Forschungsvorhaben empirische Belege, wenn sie umfragengestützte Meinungsforschung bei Kommunalverwaltungen betreibt. Das Instrument „Befragung“ lockt dabei alle Disziplinen, die sich mit kommunalen Angelegenheiten oder Fragen befassen, bei denen die Meinung der lokalen Akteure für wichtig

erachtet wird. Das sind nicht nur die Verwaltungswissenschaften, denen der Gegenstand „Kommunalverwaltung“ besonders nahe steht. Befragungsvorhaben initiieren Geographen, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Rechtstatsachenforscher und Politologen, aber auch Stadtplaner oder Verkehrswissenschaftler.

Die Verwaltungsmeinung

Üblicherweise zielt Meinungsforschung eben auf diese: die Meinung des Befragten. Das scheint ein klares Ziel zu sein, wenn Befragungen auf die Meinung der Befragten in ihren eigenen Angelegenheiten abstellen. Befragt werden sie beispielsweise als Bürger, Verbraucher oder Wähler, und für derartige Befragungen steht ein ausgefeiltes Instrumentarium der empirischen Sozialforschung zur Verfügung.

Ganz offensichtlich sind die Kunstregeln der empirischen Sozialforschung jedoch nicht unbesehen auf die Umstände und Konstellationen einer Befragung von Korporationen wie (Kommunal-) Verwaltungen übertragbar: Die genannten Fragenbeispiele zielen eben nicht auf die persönliche Meinung des Befragten, sondern dieser dient lediglich als kundiger Auskunftgeber, der – entsprechend seiner Stellung in der Verwaltung – eine mehr oder weniger restriktiv gebundene Rolle wahrnimmt und dieser entsprechend Meinungen „der Verwaltung“ zu äußern in der Lage ist. Daher fallen Erhebungs- und Aussageinheit auseinander und das Ziel einer Befragung ist regelmäßig ein Ergebnis, nach dem „die Kommunen“ mehrheitlich oder zu Teilen dieser oder jener Meinung anhängen – anders als bei Mitarbeiterbefragungen, wo es auf die Meinung des Befragten ankommt.

Derartige Untersuchungsziele von Befragungen setzen offenbar voraus, dass es eine solche Verwaltungsmeinung tatsächlich gibt. Ein Blick in die Hauptsatzung einer Kommune zeigt, welche Rollen innerhalb der Verwaltung mit welchen Befugnissen verbunden werden, eine Meinung nach innen oder außen bilden oder vertreten zu dürfen bzw. zu müssen.

Tatsächlich ist es für die Planung einer Verwaltungsbefragung jedoch wenig ratsam da-

Kommunalrelevante Umfragen in und von Kommunen:

Die kommunale Umfragendatenbank kommDEMOS enthält 1842 standardisierte Beschreibungen kommunaler Umfragen. Außerdem stehen rund 770 Originalfragebogen und 150 Ergebnisberichte zum Download bereit.

Die Datenbank gibt Orientierungshilfe über die Produktion statistischer Informationen, die durch Befragungen gewonnen worden sind. Nachgewiesen werden Befragungen, die von Kommunen oder in ihrem Auftrag durchgeführt wurden. Zudem zählen dazu Befragungen Dritter, wenn sie kommunal bedeutsame Sachverhalte erheben.

Gratis-Zugang für Difu-Zuwender:

www.difu.de/extranet/kommdemos/

von auszugehen, dass es um das Erfragen „der“ Verwaltungsmeinung geht, obwohl die Ergebnisberichte solcher Befragungen oft genau diesen Eindruck erwecken wollen. Die Antworten auf die Frage „Halten Sie das Gewerbeflächenangebot Ihrer Kommune für ausreichend?“ können recht verschieden ausfallen, wenn sie einerseits vom Wirtschaftsförderungsamt, andererseits aber vom Stadtplanungsamt gegeben werden. So mag es in der Kommunalverwaltung zwar fall- und ausnahmsweise tatsächlich nur eine und „die“ Verwaltungsmeinung geben. Daneben geht es aber wohl häufiger um Prozesse einer permanenten Willensbildung in der Verwaltung, in denen durchaus auch konkurrierende und rivalisierende Meinungen über längere Zeit koexistieren können. Das war beispielsweise in den 70er Jahren gut am Beispiel der Frage der Einrichtung von Fußgängerzonen in den Innenstädten zu beobachten. Erst an dessen Ende eines längeren kontroversen Prozesses stand eine umfassend befürwortende Verwaltungsmeinung.

Damit gewinnt die Frage an Bedeutung, welche Auswahlinheit innerhalb der Verwaltung Adressat einer Befragung sein soll, denn offenbar bestehen Möglichkeiten, das Befragungsergebnis vorab durch diese Auswahl zu beeinflussen: Eine Bewertung des Erfolgs der Verwaltungsmodernisierung wird aus der Sicht des Organisationsamtes voraussichtlich eher positiv ausfallen, aus der Sicht eines Fachamtes nur dann, wenn die Modernisierungsgewinne deren Nachteile überwiegen. Den Erfolg der Beteiligung einer Stadt am Programm „Soziale Stadt“ wird das federführende Amt tendenziell positiv bewerten, während dem Stadtteildenken weniger zugewandene Verwaltungsteile zurückhaltender urteilen können.

In zahlreichen Befragungen wird hingegen die Frage der Zuschreibung einer Befragung innerhalb der Verwaltung der Posteingangsstelle überlassen. Seit dem Umbau vieler Verwaltungen im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung ist die Lenkungswirkung tradierter Ämterbezeichnungen ohnedies zurückgegangen, was für eine solche Delegation der Auswahlfrage spricht. Andererseits kann eine solche Delegation der Kontrolle dieser wichtigen Stufe im Befragungsdesign wesentliche Folgen haben.

Eher selten findet sich in den Ergebnisberichten zu Verwaltungsbefragungen eine genauere Überprüfung der Frage, ob und in welchem Umfang die angestrebte Zielgruppe in der Verwaltung tatsächlich erreicht worden ist. Im Bericht zur Mitgliederbefragung der KGSt zur Verwaltungsmodernisie-

rung aus dem Jahr 1997 findet sich hierzu eine mutige Ausnahme: Eine tabellarische Darstellung zeigt detailliert, dass der eingesetzte „Chefbogen“ tatsächlich nur zu etwa einem Drittel auch von der Zielgruppe der „Chefs“ ausgefüllt wurde, bei einer Gesamtbeteiligung an der Umfrage von lediglich 43,1 Prozent ein durchaus beachtlicher Ausfall. Auf eine solche Transparenz wird in den Ergebnisberichten anderer „Bürgermeisterbefragungen“ verzichtet und auf „Repräsentativität“ allein aufgrund der Beteiligungsquoten etwa verschiedener Gemeindegrößenklassen geschlossen.

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass die Planung einer Befragung von Kommunalverwaltungen mit durchaus eigenen methodischen und organisatorischen Fragen verbunden ist. Antworten hierzu können den gängigen Lehrbüchern der empirischen Sozialforschung nicht entnommen werden.

Verblüffend, dass die Häufigkeit der Befragungen von Kommunalverwaltungen bisher noch keine erkennbare Aufmerksamkeit bei der Methodenforschung ausgelöst hat. Befragungen von Kommunalverwaltungen werden zwar zahlreich und in verschiedenen Varianten der Methodentriangulierung durchgeführt, aber wissenschaftlich-methodisch kaum systematisch reflektiert.

Befragungen von Kommunalverwaltungen aus Befragtersicht

Aus der Sicht der befragten Kommunen ist der auf sie gerichtete breite Strom von externen Befragungswünschen eine zwiespältige Angelegenheit: Als grundsätzlich positiv für die Kommunen kann das Interesse an ihrer Arbeit gelten, als problematisch hingegen der Bearbeitungsaufwand. Vor allem aber ist die Frage der zu erwartenden Ergebnisverwertung von Befragungen von Bedeutung: Wird sich eine Kommune mit ihren Antworten am Ende eines wie auch immer konstruierten Städterankings wiederfinden, das beispielsweise die Familien- oder Wirtschaftsfreundlichkeit der Kommunen in schwer nachzuvollziehender Weise abzubilden beansprucht? Erhalten die Teilnehmerkommunen überhaupt eine Kenntnis von den Befragungsergebnissen? Wie nützlich sind wissenschaftliche Ergebnisse für die kommunale Praxis, wenn zwischen dem Befragungszeitpunkt und der Veröffentlichung unter Umständen ein mehrjähriges Promotions- oder Habilitationsverfahren liegt? Wann also ist es für eine Kommune insgesamt ratsam, an einer Befragung teilzunehmen oder besser, darauf zu verzichten?

Tipps zum Weiterlesen

- Hans-Ulrich Derlien, Standort der empirischen Verwaltungsforschung, in: K. König (Hrsg.), Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert. Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften, 2000, S.15-44.
- KGSt, Verwaltungsmodernisierung und Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik (TUI): Neues Steuerungsmodell und TUI-Einsatz, Bericht Nr. 10/1998.
- Deutscher Städtetag, Geschäftsbericht für die Jahre 2003 und 2004, Köln und Berlin, Mai 2005, S. 165.

Rückläufe von Verwaltungsbefragungen*

Arithmet. Mittel	64,2 %
Median	68,4 %
Standardabweichung	23,4 %
Minimum	0,3 %
Maximum	100 %
Zahl der Fälle	285

*Quelle: KOMM.DEMOS des Difu, Stand April 2007

Erstaunlicherweise gehört eine vergleichsweise hohe Antwortbereitschaft zum regelmäßigen Befragtenverhalten der Kommunalverwaltungen. Das Umfragennachweissystem KOMM.DEMOS des Difu enthält zurzeit 285 standardisierte Beschreibungen von Verwaltungsbefragungen mit Angaben zur Beteiligung. Auf dieser Grundlage wurde die nebenstehende Tabelle errechnet.

Verwaltungsbefragungen liegen mit einem durchschnittlichen Rücklauf von 64 Prozent klar über der durchschnittlichen Beteiligung an Bevölkerungsumfragen und mit großem Abstand vor der Beteiligung an Betriebsbefragungen. Kommunalverwaltungen sind also nicht nur eine beliebte, sondern auch ergebige Zielgruppe von Befragungen.

Die im Deutschen Städtetag zusammengeschlossenen Kommunen widmeten der Frage der Steuerung ihrer Beteiligung an Verwaltungsbefragungen seit jeher besondere Aufmerksamkeit. Über lange Zeit galt die vom Präsidium des DST beschlossene Regel, dass sich Städte nur dann an einer Befragung beteiligen, wenn die Hauptgeschäftsstelle des DST das Befragungsvorhaben vorab geprüft und befürwortet hatte. Im Oktober 2002 schaffte das Präsidium des DST dieses Verfahren wieder ab. Die Städte sollen nun selbst über die Beteiligung an externen Umfragen entscheiden. Gleichwohl empfiehlt das DST-Präsidium den Städten fallweise, nicht an Befragungen teilzunehmen. Das war der Fall bei einer Untersuchung zum steuerlichen Querverbund im Jahr 2005.

Das führt zu den Fragen, mit welchen Vor- und Nachteilen die Teilnahme einer Kommune an Befragungen verbunden sein und wie eine Teilnahmeentscheidung gefunden werden kann.

Grundsätzlich ergeben sich Vorteile vor allem dann, wenn ein eigenes Interesse am Befragungsthema und an der Herstellung eines kommunalen Meinungsbildes zu diesem besteht. Über das thematische Interesse wird am besten die zuständige Fachverwaltung befinden können. Zusätzlich sind ein qualifiziertes Befragungsdesign und eine entsprechende Qualifikation des persönlichen oder institutionellen Bearbeiters der Befragung erforderlich. Fehlt das Wissen zur Bewertung dieser Frage in der Fachverwaltung, dann sollte hierzu der Rat der kommunalen Statistikstelle eingeholt werden, die ihrerseits in interkommunale Kooperationen eingebunden sein sollte, wie sie etwa vom Verband Deutscher Städtestatistiker ermöglicht werden.

Schwierig kann die Bewertung der vom persönlichen Befragten bzw. der befragenden Institution vorgesehenen Ergebnisverwertung sein. Hier sind privatwirtschaftliche, wissenschaftliche oder öffentliche Kontexte zu bewerten, in deren Zusammenhang das Befragungsanliegen steht. Bei vor Ort unbekanntem Befragten enthält das an die Kommune gerichtete und um Befragungsteilnahme werbende Anschreiben erste Anhaltspunkte für Rückfragen oder die Beschaffung weiterer Informationen. Von Bedeutung ist dabei auch die Frage, ob und in welcher Form den befragten Kommunen ein Zugang über die Befragungsergebnisse angeboten wird.

Nahe liegende Bewertungsnotwendigkeiten ergeben sich aus dem absehbaren Bearbeitungsaufwand im Verhältnis zur jeweils vorhandenen Bearbeitungskapazität.

Bestimmte Befragungsthemen können zu „Themenkonjunkturen“ gehören. Hier ist mit der Gefahr von Mehrfachbefragungen durch unterschiedliche Befragter zu rechnen, die möglicherweise keine Kenntnis von Parallelbefragungen anderer zum gleichen Thema haben. Kommunalfreundliche Informationsangebote können helfen, da sie Beiträge zur Transparenz im schwer zu durchschauenden kommunalen Umfragenmarkt leisten.

Erkennbar führen solche Kriterien nicht zwingend zur Begründung einer Teilnahme oder ihrer Ablehnung, und so verbleibt ein Restrisiko bei der befragten Kommune.

Wohl aber können auch die Befragungsinteressenten auf diese Situation reagieren, indem sie ihre Befragungskonzepte bewusst kommunalfreundlich ausrichten, sich aktiv um die Beteiligungsbereitschaft bemühen und damit auf Entscheidung einer Kommune indirekt einwirken.

Von Interesse wäre darüber hinaus ein interkommunaler Erfahrungsaustausch zu der Frage, welche Lösungen die Städte seit dem Jahr 2002 beim Umgang mit der Teilnahmeentscheidung an Verwaltungsbefragungen gefunden haben und als erfolgreich empfehlen.

Weitere Informationen:

Dr.-Ing. Michael Bretschneider
Telefon: 030/39001-281
E-Mail: bretschnaider@difu.de

Wie können Städte Urban Audit-Daten für sich nutzen?

Neue Arbeitshilfe zur Nutzung von Urban Audit-Daten

Das europäische Urban Audit-Projekt wurde 1997 auf Initiative der EU-Kommission gestartet. Derzeit beteiligen sich 259 europäische Städte (zukünftig 360), darunter 35 Städte (zukünftig 40) aus Deutschland. Bei dem Projekt geht es um die Sammlung umfangreicher Daten, die nach demographischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Indikatoren strukturiert sind.

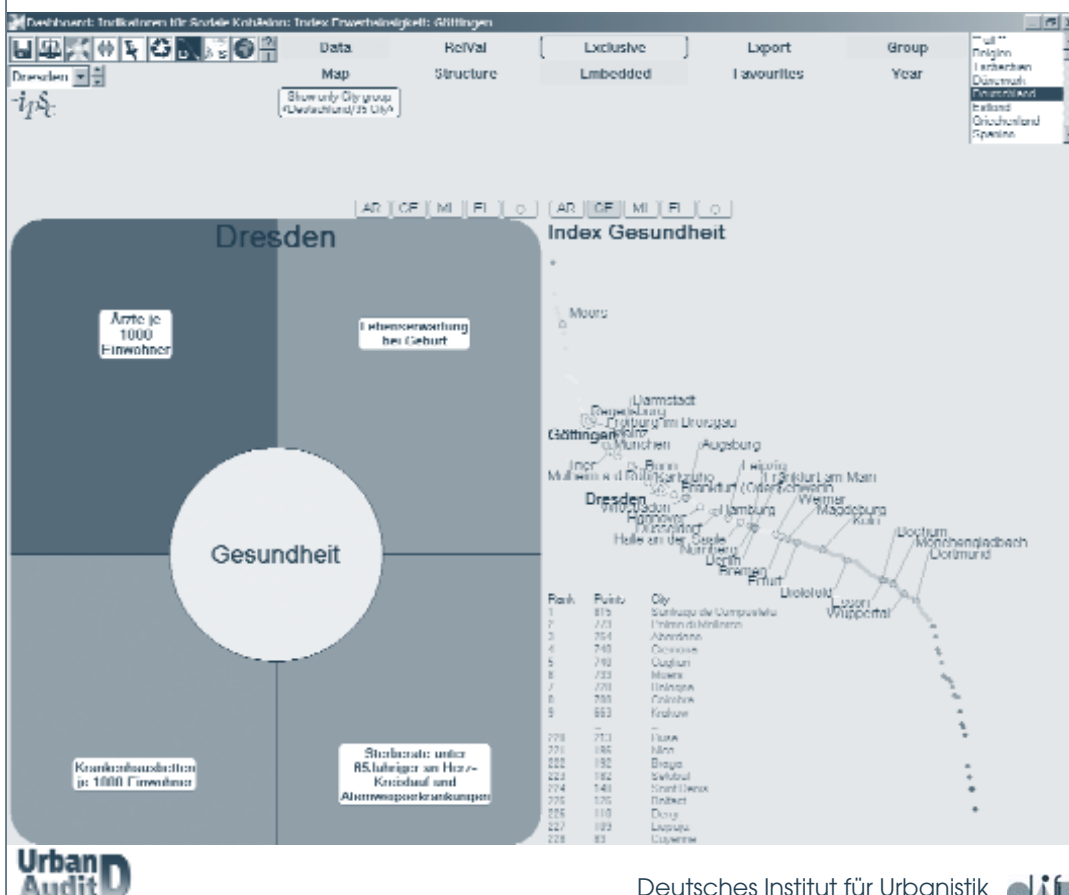
Die Daten werden von nationalen Koordinierungsstellen aus amtlichen Statistiken sowie von den projektbeteiligten Städten zusammengetragen. Bisher liegen Daten aus den Jahren 1991, 1996, 2001 und künftig auch von 2004 vor.

Bei Eurostat – dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften – sind die Daten in einer Gesamtdatenbank gespeichert.

Wie die eigene Stadt in ihrer Struktur und Entwicklung zu anderen europäischen Städten steht, wie wettbewerbsfähig und sozial ausgeglichen sie einzuschätzen ist und wie gut sie den Wandel vom Produktions- hin zum Dienstleistungsstandort im Globalisierungsprozess meistert, das soll jede Stadt selbst erkunden können. Die unter der Projektleitung des Difu erstellte Publikation „Nutzung von Urban Audit-Daten – eine Arbeitshilfe für deutsche Städte“ soll die Städte nun beim Umgang mit dem umfangreichen Material unterstützen.

Dazu bietet die Arbeitshilfe neben einer instrumentellen Hilfestellung auch inhaltliche Empfehlungen zur Beurteilung städtischer Entwicklungsunterschiede, die in einer interdisziplinären Redaktionsgruppe mit Vertretern der Städtestatistik, des Difu und des BBR entwickelt wurden.

„Dashboard“-Bildschirmansicht am Beispiel des Index „Gesundheit“



Weitere Informationen:

Dipl.-Sozialwiss.

Antje Seidel-Schulze

Telefon: 030/39001-198

E-Mail:

seidel-schulze@difu.de

Download der Arbeitshilfe mit

Dashboard-Handbuch:

[http://edoc.difu.de/orlis/](http://edoc.difu.de/orlis/DF11020.pdf)

DF11020.pdf

Dashboard-Programm:

[www.statistik.nuernberg.de/](http://www.statistik.nuernberg.de/urban-audit/ua2online/)

urban-audit/ua2online/

[dashboard/Dashboard.htm](http://urban-audit/ua2online/dashboard/Dashboard.htm)

Die Veröffentlichung empfiehlt die Beurteilung städtischer Entwicklungsunterschiede vor allem unter Berücksichtigung von zwei Themenfeldern, die bereits in der „Lissabon-Agenda“ (Ziel- und Maßnahmenkatalog der EU, der auf der Sondertagung des Europäischen Rates im März 2000 in Lissabon verabschiedet wurde) zitiert sind:

- Wettbewerbsfähigkeit und
- Soziale Kohäsion.

Für diese beiden Themenfelder wurden – nach Prüfung durch Zuverlässigkeitstests – Indizes gebildet, die sich aus verschiedenen Indikatoren zusammensetzen:

Indizes der „Wettbewerbsfähigkeit“

- Arbeitskräfte
- Bruttoinlandsprodukt
- Erwerbslosigkeit
- Erreichbarkeit
- Bildung

Indizes der „Sozialen Kohäsion“

- Armut
- Gesundheit
- Erwerbslosigkeit

Zur verständlichen Darstellung der dem Urban Audit-Datenkatalog entnommenen Indikatoren wird ein kostenlos verfügbares Online-Instrument namens „Dashboard“ zur Nutzung empfohlen.

Dieses Instrument wurde ursprünglich von der „Consultative Group on Sustainable Development Indices“ entwickelt und seit 1999 von der gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission (European Commission Joint Research Centre, JRC) im Rahmen des European Statistical Laboratory weitergeführt.

Das mit der Arbeitshilfe angekündigte und bereitgestellte „Dashboard“ ist gewissermaßen ein „ready-to-work-tool“, das auf inhaltlichen Vorüberlegungen der Arbeitsgruppe basiert und in dem Indikatoren theoretisch begründet zusammengestellt wurden. Die Nutzung des Angebots richtet sich vorerst an Urban Audit-Städte, die das Programm für eigene Analysezwecke nutzen können.

Darüber hinaus ist das Programm aber auch für andere Nutzer anwendbar. Schließlich lassen sich jenseits von Urban Audit eigene Daten einstellen und eigene Dashboards erzeugen.

Was ist eigentlich Urban Audit?

Das **Urban Audit** ist ein europäischer Städtevergleich, an dem sich derzeit 259 (zukünftig etwa 360) große und mittelgroße Städte der Europäischen Union (EU27) beteiligen. Aus Deutschland sind 35 (zukünftig 40) Städte darunter. Urban Audit wurde in einem Pilotprojekt der EU-Kommission (1997–2000) ins Leben gerufen und ermöglicht auf der Basis vergleichbarer statistischer Daten, die nach demographischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Indikatoren strukturiert sind, den europaweiten Vergleich von Städten.

Diese Vergleiche können den Erfahrungsaustausch zwischen politischen Akteuren voranbringen und so die Qualität der lokalen Politik erhöhen. Mehr als 300 Daten der Stadt, über 150 Daten der städtischen Agglomeration (Larger Urban Zone) und 30 Daten der für das Vorhaben gebildeten Stadtgebietsteile beschreiben die Lebensqualität in diesen städtischen Räumen. Derzeit liegen Daten aus drei Erhebungswellen vor: 2001, 1996, 1991 und künftig auch 2004.

Die Federführung im Urban Audit liegt bei EUROSTAT, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaft. Die deutschen Kontaktpartner sind die KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern, die sich im Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik abstimmen.

Ein **Dashboard** ist ein PC-Programm, das es ermöglicht, auf Basis von Datentabellen indikatorenbasierte Abbildungen und Rangpositionen für einzelne Städte oder Städtegruppen zu berechnen und abzubilden. Das zum kostenlosen Download bereitgestellte und relativ einfach handhabbare Programm wurde 1996 von der „Consultative Group on Sustainable Development Indices“ entwickelt, seit 1999 im Rahmen des European Statistical Laboratory weiterentwickelt und auf Anregung von Eurostat in Verbindung mit den Urban Audit-Daten als Anwendung aufbereitet und weiterempfohlen.

Fortbildung für die kommunale Praxis

Seit der Gründung des Difu im Jahr 1973 ist Fortbildung ein zentraler Aufgabenbereich des Instituts. Sie stellt mit einem fachlich ungewöhnlich vielfältigen Angebot, den intensiven Kontakten zu Kommunen und der Bereitstellung von Forschungsergebnissen die unmittelbarste Verbindung zwischen Theorie und Praxis her. Kein anderes kommunalwissenschaftliches Institut im deutschsprachigen Raum kann beim Transfer anwendungsorientierten Wissens auf eine vergleichbare Erfahrung mit einem derart umfangreichen Themenspektrum verweisen. Bei Ratsmitgliedern und Verwaltungsangehörigen aus dem mittleren und höheren Leitungsbereich hat sich die Fortbildungstätigkeit des Instituts längst als eine renommierte Adresse für inhaltlich fundierte und organisatorisch hervorragend durchgeführte Veranstaltungen etabliert. Das Difu ist als kompetenter und verlässlicher Partner der öffentlichen und speziell der kommunalen Verwaltungen anerkannt.

Die „Berlin-Seminare“, Fachtagungen, Regionalseminare, Inhouse-Veranstaltungen und Brennpunktseminare sind wichtige Bestandteile der Produktpalette des Difu. Das auf Erkenntnisgewinn und Erfahrungsaustausch ausgerichtete Fortbildungskonzept wird weithin als eine hervorragende und notwendige Ergänzung zu fachspezifischen Schulungen angesehen. Konzept und Programm werden kontinuierlich weiterentwickelt und an die Wünsche und Anforderungen der Teilnehmer angepasst. Die Übernahme der in den Seminarbewertungen von kommunalen Praktikern gegebenen Anregungen, die von den Mitarbeitern des Difu seit vielen Jahren gepflegten intensiven Kontakte in die Kommunalverwaltungen, Erkenntnisse aus eigener Forschungstätigkeit und Anregungen des Deutschen Städtetages gewährleisten, dass sich das Angebot thematisch und methodisch eng am Bedarf der kommunalen Praxis und den Wünschen der Teilnehmer orientiert.

Veränderte Ansprüche und Erwartungen von Bürgern, Unternehmen und Politik führen in den Kommunalverwaltungen zu deutlichen Veränderungen, von denen alle Beschäftigten betroffen sind. Zahlreiche neue Arbeitsinhalte, ein umfangreicher Aufgabenwandel als Folge politischer und rechtlicher Entwicklungen, der nahezu flächendeckende

Einsatz neuer elektronischer Arbeits- und Kommunikationsmittel und ein starker Zwang zur Flexibilität erfordern von den Mitarbeitern in den Rathäusern ein hohes Maß an fachlichen, sozialen und methodischen Kompetenzen. Eine praxisorientierte und systematische Fortbildung ist daher ein unabweisbarer Bestandteil der Arbeitswelt.

Das Themenspektrum ist daher breit gefächert. Die finanzielle Situation der Kommunen und ihre Aktivitäten bei der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung sind ebenso Thema, wie die intensive Befassung mit aktuellen Entwicklungen und Problemen auf den Gebieten der Wirtschafts-, Wohnungs-, Verkehrs-, Umwelt- und Sozialpolitik sowie im Bereich des Städtebau- und Planungsrechts. Je nach Bedarf werden daraus konkrete Seminarveranstaltungen konzipiert.

Den Schwerpunkt einer jeden Fortbildungsveranstaltung bilden Grundsatzreferate zur konzeptionellen Orientierung innerhalb eines Themenfeldes sowie gründlich recherchierte Praxisbeispiele. Plenums- und Kleingruppenveranstaltungen wechseln sich ab und bieten die Gelegenheit, sich individuell in die Erörterungen einzubringen. Die meist begrenzte Teilnehmerzahl begünstigt den informellen Erfahrungsaustausch, der zudem vielfach noch durch einen strukturierten institutionalisierten Erfahrungsaustausch während des Seminars ergänzt wird. Qualifizierte und engagierte Teilnehmer prägen ein anregendes Diskussionsklima und schaffen so die Voraussetzungen für tragfähige, über die eigentliche Veranstaltung hinauswirkende Netzwerke.

Das Difu wendet sich mit seinem Fortbildungsangebot aber auch an Beschäftigte, die sich in eine neue Materie einarbeiten müssen, bietet es ihnen doch eine sowohl praxisnahe als auch konzeptionelle Einführung. Umfangreiche Tagungsunterlagen, die nicht nur zur Unterstützung der täglichen Arbeit, sondern auch als Einstieg in oder als Anregung für ein weiterführendes Selbststudium verwendet werden können, runden die Veranstaltungen ab und tragen zum nachhaltigen Seminarerfolg bei. Mit seinen Fortbildungsaktivitäten unterstützt das Difu die Kommunen somit aktiv in ihrem Bemühen, die qualifizierte Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben sicherzustellen.

Weitere Informationen:

Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp

Telefon: 030/39001-242

E-Mail: knipp@difu.de

Difu-Ansprechpartnertreffen

14. und 15. Juni 2007 im Ernst-Reuter-Haus, Berlin

Workshop-Themen:

- Demographischer Wandel: Wann und wie können Kommunen handeln?
- PPP – Infrastrukturprojekte: Chancen und Risiken
- Deutsche Städte und Globalisierung

Kurzvorträge/Präsentation:

- Sicherheit in den Städten
- Städterankings – Strategische Entscheidungshilfe statt Siegerwettbewerb
- Neues im Difu-Extranet

Weitere Informationen und Programm zum Ansprechpartnertreffen:

Das detaillierte Programm (exklusiv für Difu-Zuwender):

www.difu.de/seminare/seminarliste.phtml

Programmflyer: www.difu.de/seminare/07ansprechpartnertreffen.programm.pdf

Telefon: 030/39001-208

E-Mail: presse@difu.de

Kunststück Erziehung

Familienbildung als Angebot der Kinder- und Jugendhilfe (§ 16 SGB VIII) – Ein Tagungsbericht

Zeitgleich mit der ARD-Themenwoche „Kinder sind Zukunft“ fand am 19. und 20. April 2007 die Fachtagung „Kunststück Erziehung“ mit mehr als 110 Fachkräften aus der öffentlichen und freien Jugendhilfe in Berlin statt. Im Mittelpunkt der beiden Tage standen folgende Fragen:

- Was ist das überhaupt: „Familienbildung“?
- Welche Kompetenzen benötigen Eltern, um ihre Kinder gut für das Morgen zu rüsten?
- Wie werden Jugendliche auf eine zukünftige Elternschaft und Familie vorbereitet? Welche Rolle spielt dabei die Jugendhilfe, hat sie hierfür gezielte Angebote?
- Welche Kompetenzen benötigen die so genannten „Helfer“, um Eltern hilfreich zur Seite zu stehen?
- Wie sieht es mit der Zugänglichkeit, Akzeptanz und sozialräumlicher Nähe von Angeboten der Familienbildung aus?
- Welche Formen der Familienbildung sind für welche Zielgruppe geeignet?
- Welchen Bedarf haben Eltern, und ist dieser Bedarf überhaupt bekannt?

Ministerialrat Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner, Referatsleiter Kinder- und Jugendhilfe, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin, verwies in seiner Eröffnungsrede darauf, dass auch der Gesetzgeber des Kinder- und Jugendhilfe-

rechts erkannt habe, dass Familienbildung ein zentraler Baustein einer familienunterstützenden Jugendhilfe sei. Dennoch führe der § 16 SGB VIII bis heute ein Schattendasein. Von den Gesamtausgaben der Kinder- und Jugendhilfe würden nur etwa 0,4 Prozent für diesen Leistungsbereich verwendet. Bevor also über Elternführerscheine und Elternpflichtkurse nachgedacht werde, sollte erst einmal das Angebot in diesem Bereich nachhaltig verbessert werden. Dazu gehöre vor allem eine attraktive Vermittlung, damit vorhandene Hemmschwellen überwunden werden könnten. Da sich die Haushaltssituation in den öffentlichen Kassen gebessert habe, bestehe diesbezüglich vielleicht ein gewisser Grund zu verhaltenem Optimismus.

Prof. Dr. Jürgen Körner, Psychoanalytiker, Professor für Sozialpädagogik an der Freien Universität Berlin und Vorsitzender der Deutschen Psychoanalytischen Gesellschaft referierte aus einem sehr interessanten Blickwinkel darüber, wie elterliche Erziehungs-kompetenzen durch Elternbildungsangebote unterstützt werden könnten. Er setzte sich in seinem Vortrag mit grundlegenden Fragen der Erziehung auseinander und begrüßte es sehr, dass die Bedeutung der Erziehung in den ersten Lebensjahren zunehmend in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt sei. Professor Körner betonte dabei, dass sich Unterstützungsangebote vor allem auf die Eltern konzentrieren sollten, da Kinder immer Lernende seien, wenn ihr Umfeld ihnen die Möglichkeiten dazu biete. Und dieses Umfeld zu schaffen, sei natürlich insbesondere die Aufgabe der Eltern, die es dabei zu unterstützen gelte.

Im weiteren Verlauf seines Vortrags befasste sich Professor Körner u. a. mit den Fragen: Wie kann Zwang in der Erziehung zu Freiheit und nicht zu Anpassung führen? Wie kann ein Kind „unabhängig“ werden? Wie kann man jemanden zur „Mitarbeit“ zwingen, der eigentlich nicht will?

V.l.n.r.: Johannes Hampel, Konferenz-Dolmetscher, Berlin; Ministerialrat Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner, Leiter des Referates Kinder und Jugendhilfe, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin;

Prof. Dr. Jürgen Körner, Psychoanalytiker, Professor für Sozialpädagogik an der Freien Universität Berlin, Vorsitzender der Deutschen Psychoanalytischen Gesellschaft



Dazu stellte der Referent interessante Thesen in den Raum:

1. Anstelle von Erziehung sei die Diskussion zwischen Kind und Eltern getreten.
2. Das Kind habe ein Recht auf den „Machtanspruch“ der Eltern (damit es in seiner „Rolle“ als Kind bleiben könne).
3. Die Hoffnung auf die Selbstregulierung als Erziehungsprinzip sei gescheitert.
4. Wertvorstellungen könne man nicht „predigen“, sondern nur vorleben. Moralisches Urteil werde nicht durch Begründung, sondern durch die Identifikation mit Vorbildern gelernt.
5. Das Kind entwickle sich (in einem sicheren Umfeld) vor allem am „Nein“, an der Versagung, wenn es an Grenzen oder Hindernisse stoße. Ebenso müsse die Chance zum Scheitern gegeben werden, da das Kind so lerne, für sich Verantwortung zu übernehmen.

Körner betonte, dass er sich der Zwiespältigkeit gegenüber „Autorität und Macht“ – diese auszuüben, zu akzeptieren und zu lernen, damit umzugehen – bewusst sei. Insbesondere Letzteres gelte nicht „nur“ für Eltern, sondern natürlich auch für die Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe. Er sei sich sicher, dass viele konzeptionell gute Präventions- oder Interventionsprogramme nur deshalb nicht funktionierten, weil die „Macher“ selbst nicht an deren Erfolg glauben würden und dadurch nicht authentisch (genug) seien. In diesem Sinne sei sein Beitrag als Ermutigung an die Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe zu verstehen, die Aufgaben und Ziele ihrer Arbeit mit unbefangener Autorität und Macht wahrzunehmen.

Dieses Fachreferat flankierte dann die weitere Diskussion in verschiedenen Foren an beiden Arbeitstagen, in deren Mittelpunkt die Vorstellung und Diskussion von unterschiedlichen Praxismodellen und -projekten zu folgenden Themen stand:

- Elternschule/Elternkurs/Elternseminar in Hamm, Remscheid und Stuttgart,
- Familienbildung in strukturschwachen, ländlichen Regionen,
- Interkulturelle Elternarbeit in Berlin, Essen und München,
- Netzwerke zur Familienbildung in Halle und Bremen,
- Familienzentren/Early-Excellence-Center,
- Ressourcenorientierte Selbsthilfe/Trennungs- und Scheidungskinder.

Angelika Diller, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Jugendinstitut München e.V., wies in ihrem übergreifenden Vortrag



über die Entwicklung von Familienzentren in Deutschland darauf hin, dass Diskussionen über Familien unterstützende Leistungen von Fachkräften oft aus dem Blick der „Leistungsempfänger“ thematisiert würden. Nicht vergessen werden dürfe aber in diesem Kontext, dass Eltern in allererster Linie „Leistungserbringer“ sind. Es sei für viele Kommunen nicht immer einfach, eine familienfreundliche Infrastruktur vor Ort zu schaffen. Viele Regionen ständen hier vor großen Herausforderungen, das habe auch der Recherbericht des DJI ergeben. Manchmal seien auch einfach nicht genügend Kooperationspartner oder nicht genügend (Zeit)Ressourcen für eine notwendige Vernetzung vorhanden. Und das – polemisch gesprochen – in einer Zeit, in der sich die ganze Welt vernetzen und miteinander kooperieren solle. Problematisch werde es besonders dann, wenn Vernetzung zum Ziel würde, „Kooperation“ könne dann eine Chiffre für sehr unterschiedliche Aktivitäten sein. Ziel müsse immer die Angebotsverbesserung für Familien sein.

Zum Ausklang der Tagung wurde ein Worldcafé eröffnet, um noch einmal gezielt Zeit für informellen Austausch und Vernetzung zu schaffen. Und dort sagte ein Teilnehmer, er nehme aus der Tagung die Ermutigung mit, dass politische Entscheidungen, mehr für eine Stadt mit Familien zu tun, möglich seien, so wie in Hamm, Halle und Stuttgart. Das wäre der beste Nachklang dieser Tagung.

Weitere Informationen:

Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@vfk.de
Internet: www.vfk.de/agfj

Center in the City...

Difu startet Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren

Weitere Informationen:

Dr. rer. nat. Gerd Kühn
Telefon: 030/39001-255
E-Mail: kuehn@difu.de

Noch vor einer Reihe von Jahren galt das Einkaufszentrum auf der grünen Wiese als wohl größte Bedrohung des innerstädtischen Handels. Doch der Trend, solche Objekte vor allem außerhalb der Städte zu errichten, ist gebrochen.

Stattdessen siedeln sich immer mehr Shopping-Center in den Innenstädten und Stadtteilzentren an. Kaum ein Monat vergeht, in dem nicht die Eröffnung einer neuen Mall gefeiert wird. Waren es in den 1990er-Jahren vor allem Großstädte wie Leipzig, Köln oder Magdeburg, haben Investoren und Projektentwickler in jüngster Zeit auch Mittelstädte wie Gießen, Wetzlar und Hameln im Blick. Ein Grund zur Freude? Nicht immer!

Nimmt man die Eigenschaften der dieser Center unter die Lupe, wird deutlich, dass pauschaler Optimismus nicht angebracht ist: Größe, Mikrostandort, Gestalt, Branchenmix und internes Management der neuen Einrichtungen schaffen nicht selten völlig neue Strukturen, die das bisherige „System Stadt“ nicht unberührt lassen und zu genauerer Beobachtung Anlass geben.

Hier setzt das neue Difu-Forschungsprojekt an, bei dem die Folgen großer innerstädtischer Center umfassend untersucht werden. Die Kernfrage lautet: Welche Wirkungen gehen im Hinblick auf ökonomische und räumlich-funktionale Aspekte von großen neuen Handelsobjekten auf die zentralen Stadträume aus? Um die Frage wissenschaftlich fundiert und praxisnah beantworten zu können, ist eine Wirkungsanalyse erforderlich, die im Projekt als klassische Vorher-Nachher-Untersuchung angelegt ist. Einbezogen werden deutschlandweit insgesamt 16 Städte unterschiedlicher Größe. Erste Ergebnisse werden im Herbst 2007 erwartet.

Das Projekt wird von öffentlicher und privater Seite gemeinsam finanziert. Dazu gehören das Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, die Arbeitsgemeinschaft Historische Stadtkerne in Nordrhein-Westfalen, die Städte Bremen, Mannheim und Potsdam, die Firmen Karstadt und Kaufhof sowie mehrere Projektentwickler. Die Projektbearbeitung erfolgt durch Gerd Kühn und Gregor Jekel in Kooperation mit dem Büro Junker & Kruse, Dortmund.

Weitere neue Difu-Projekte

Das Difu startet zurzeit eine Reihe weiterer Forschungsprojekte zu verschiedenen Themen. Zwei davon widmen sich dem Thema Fahrradnutzung:

- Die „Fahrradakademie“ (Arbeitstitel) soll den Erfahrungsaustausch unter Kommunen fördern: Ein umfassendes Informations- und Weiterbildungsangebot wird vom Difu in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden bereitgestellt.
- Das im Rahmen des Nationalen Radverkehrsplans angebotene Fahrradportal www.nationaler-radverkehrsplan.de wird weitergeführt. Es informiert u.a. über Neuigkeiten, Praxisbeispiele, Termine, Forschungsvorhaben und Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen.

Nach drei kommunalen Wettbewerben zum Thema „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ soll nun die Effizienz dieser Strategien untersucht werden. Dazu hat die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung das Difu mit einer umfangreichen Wirkungsanalyse beauftragt.

Schließlich wird in einem weiteren Projekt zur „Optimierung von Stoffkreisläufen“ das Ziel verfolgt, effektive Konzepte zu entwickeln, die zu einer möglichst hochgradigen Schließung des Stoffkreises von Gasentladungslampen führen sollen.

Neu im Difu-Internet

Difu-Forschungsergebnisse frei zugänglich im Netz

Difu-Newsletter „Berichte“ 2/07

Gesamtes Heft als PDF:
www.difu.de/archiv/Ber-07-2.pdf. Das Heft wird später auch im HTML-Format mit sämtlichen Einzelartikeln zur Verfügung gestellt:
www.difu.de/publikationen/difu-berichte/2_07/

Difu-Jahresbericht 2006

Gesamter Bericht als PDF:
www.difu.de/archiv/Jab-06.pdf.
Das Bericht wird in Kürze zum Download zur Verfügung stehen.

Neue Sonderveröffentlichung: Nutzung von Urban Audit-Daten – eine Arbeitshilfe für deutsche Städte

von Antje Seidel-Schulze und Busso Grabow
Download:
<http://edoc.difu.de/orlis/DF11020.pdf>

Report on Cluster Approaches within Regional RTD Policy

www.ricarda-project.org/downloads/ricarda-report-2006-11-28.pdf

Newsletter „Soziale Stadt“

Heft 20: <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/newsletter/DF5804-info20.pdf>.

Wissensbilanz des Virtual Dimension Centers (VDC), Fellbach

von Daniel Zwicker-Schwarm und Holger Floeting
www.ricarda-project.org/downloads/Wissensbilanz-VDC.pdf

Refina-Literaturdatenbank

zu den Refina-Schwerpunkten Flächenmanagement, Flächenrecycling, Flächeninanspruchnahme, Brachflächenrevitalisierung, Flächenbewertung u.a.
www.refina-info.de/literaturdatenbank/

Exklusiv für Difu-Zuwender

Neue Difu-Produkte im Extranet

Öffentliche Friedhöfe unter Veränderungsdruck

Seminarbibliographie:
www.difu.de/extranet/seminare/berichte/07friedhoeefe.bibliographie.pdf

Seminarbericht:

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/seminarbericht.phtml?id=116

Seminarbibliographie: Kommunale Familienpolitik vor neuen Herausforderungen

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/07familienpolitik.bibliographie.pdf

Seminarbibliographie: Wohnungsverkäufe, Hartz IV und sozialräumliche Steuerungsfähigkeit der Städte

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/07wohnungspolitik.bibliographie.pdf

Vortrag: Migration und Metropolregionen

von Busso Grabow
Folien: www.difu.de/extranet/vortraege/07-grabow-metropolregionen.pdf

ORLIS-Datenbankprofile:

Profile bieten Information über ausgewählte Neuzugänge der kommunalen Literaturdatenbank ORLIS. Themen: Stadtplanung, Umwelt, Verkehr, Wirtschaft, Wohnen und Finanzen/Verwaltung. Profile 1/2007 gibt es als pdf-Dateien im Listenformat oder als zip-Datei im Text-/dbase-Format.
www.difu.de/extranet/orlis/datenbankprofile/

Vortrag: „Dashboard“ als Infofenster der deutschen Urban Audit-Gemeinschaft: Ergebnisse und Standortvergleiche

von Antje Seidel-Schulze und Dr. Jürgen Zepp
Folien: www.difu.de/extranet/vortraege/07-seidel-schulze-dashboard.pdf

Vortrag: Infrastrukturelle Herausforderungen in schrumpfenden Städten am Beispiel der Wasserver- und -entsorgung

von Jens Libbe, Difu
Folien: www.difu.de/extranet/vortraege/07-libbe-infrastruktur.pdf

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de

Rat- und Verwaltung aus Difu-Zuwenderstädten können kostenfrei ins Difu-Extranet:
www.difu.de/extranet/

Hinweise zum Verfahren unter:
www.difu.de/extranet/extranet-info/zugangsbedingungen.phtml.

ORLIS – Die kommunale Literaturdatenbank

Kommunale Literatur ab den 70er-Jahren, ca. 287 500 Titel
Nachgewiesen werden:

Verlagsliteratur, Graue Literatur aus Kommunen, Verbänden, Organisationen und Universitäten, Zeitschriftenaufsätze (aus über 600 Zeitschriften), Hochschulschriften (Habilitationen, Dissertationen und ausgewählte Diplomarbeiten), Aufsätze aus Sammelwerken oder Konferenzberichten.

www.difu.de/extranet/orlis/



Quelle:
Emmendinger TORheiten, Bd. 2
Verena und Klaus Nunn, 2005

Difu aktiv

Weiteres Berichtenswertes aus dem Institut

Klaus J. Beckmann war im Rahmen mehrerer Treffen an der Vorbereitung des informellen Ministertreffens am 24. Mai in Leipzig („Leipzig Charta“ und „Territoriale Agenda“) involviert. Am 12. März leitete Beckmann als neuer Vorsitzender den Lenkungsausschuss der AG „Verkehrsplanung“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e.V. Auf der Fachkonferenz „Meine Stadt in 25 Jahren“ des Städtetzwerkes NRW hielt Beckmann den Eröffnungsvortrag „Stadtgesellschaften im demographischen Wandel“. Als Vorsitzender des Beirats für Raumordnung vertrat Beckmann bei einer informellen Anhörung des BMVBS am 26. April 2007 Vorschläge zur Novelle des Raumordnungsgesetzes. Am 8. März nahm er als ordentliches Mitglied der ARL an der Evaluation durch den Wissenschaftsrat teil.

Busso Grabow war 2007 erneut als Jurymitglied bei der Auswahl innovativer PPP-Projekte beteiligt. Der PPP-Innovationspreis 2007 wird am 22. Mai unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, vom Bundesverband Public Private Partnership (BPPP) und der Zeitschrift Behörden Spiegel vergeben (-> <http://www.bppp.de>). Beim Workshop „Internationalisierung und Zuwanderung – Perspektiven für Hamburg und die Metropolregionen“ am 26. April 2007 in der HafenCity-Universität Hamburg referierte Busso Grabow zum Thema „Migrationsströme und Metropolen vor dem Hintergrund der Globalisierung“.

Jens Libbe hat auf der Konferenz Sustainable Neighbourhood – from Lisbon to Leipzig

through Research (L2L) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) am 8. Mai 2007 in der Session „Innovative Science for Sustainability“ einen Vortrag zum Thema „Transformation of Water Infrastructures and Integrated Municipal Strategy Building gehalten“.

Luise Preisler-Holl wurde am 29. März 2007 erneut für die Dauer dieser Legislaturperiode zum ehrenamtlichen Mitglied des Sachverständigenbeirats für Naturschutz und Landschaftspflege bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin berufen. Der Beirat soll die Behörden in Angelegenheiten des Naturschutzes und der Landschaftspflege beraten sowie das Verständnis für Naturschutz und Landschaftspflege in der Öffentlichkeit fördern.

Bettina Reimann hielt am 16.3.2007 auf dem Fachtag „Gesundheit und soziale Polarisierung“ einen Vortrag zum Thema „Gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung“. Veranstalter waren das Gesundheitsamt Bremen, die Landesvereinigung für Gesundheit Bremen e.V. und das Institut für Public Health und Pflegeforschung der Universität Bremen. Auf der 1. Gesundheitskonferenz in Aschaffenburg hat Bettina Reimann am 23.3.2007 zum Thema „Gesundheitsförderung in der sozialen Stadt“ referiert.

Cornelia Rösler wurde vom Hessischen Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz in die Jury des Klimaschutzwettbewerbs „Unsere Kommune ist klimaaktiv“ berufen.

Difu-intern

Mit **Ulla Schuleri-Hartje** hat Ende April eine langjährige und in vielfacher Hinsicht verdiente Wissenschaftlerin das Deutsche Institut für Urbanistik verlassen. Die studierte Ökonomin steht für das Engagement des Instituts im Bereich der sozialen Fragen. Die Beschäftigung mit Fragen der Armutsbekämpfung gehörten genauso zu ihrem Tätigkeitsbereich wie Aufgaben der kommunalen Ausländerpolitik, Angebote für und Probleme von alten Menschen in den Städten.

Nach ihrer Ausbildung war Ulla Schuleri-Hartje zunächst für die Senatskanzlei in Berlin tätig und sammelte hier wichtige praktische Erfahrungen im Spannungsfeld zwischen Politik und Verwaltung. Diese Erfahrung hat sie in das Difu eingebracht. Zuletzt wirkte sie mit an Projekten zur Frage der Zuwanderer in der Stadt und zur Bedeutung ethnischer Ökonomie als Integrationsfaktor und -maßstab. Hervorzuheben ist auch ihr Engagement im Zusammenhang mit der Programmbegleitung „Soziale Stadt“ und der sich daran anschließenden Bundestransferstelle. Nicht unerwähnt bleiben darf ihr Mitwirken an der Arbeitsgruppe Gesundheits-

fördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung. Die ganze Bandbreite der Kompetenzen von Ulla Schuleri-Hartje wird deutlich, wenn man daran erinnert, dass Sie im Rahmen Gemeindeinfrastrukturbedarfsschätzung für den Zeitraum 2000 bis 2009 den Komplex der sozialen Infrastruktur bearbeitete und sich auch bei dem vom Bundesfamilienministerium ausgelobten Wettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ mitwirkte. Sachverstand und ihr sicheres und kompetentes Auftreten brachten ihr vielfältig Anerkennung. Kollegialität, Kooperationsbereitschaft und die Fähigkeit zur konstruktiven Kritik sind ihr Markenzeichen, das vorbildhaft für die Unternehmenskultur des Difu insgesamt wirkt.

Neben den wissenschaftlichen Aktivitäten war Frau Schuleri-Hartje über viele Jahre auch für den Arbeitsbereich Stadtentwicklung und Recht als Koordinatorin tätig, bis sie 1995 auf eigenen Wunsch diese Aufgabe weitergab. Auch in dieser Funktion verstand sie sich stets als Sachverwalterin der Belange ihrer Kolleginnen und Kollegen.



Ulla Schuleri-Hartje

Nach mehr als drei Jahrzehnten verlässt **Heidrun Kunert-Schroth** Ende Mai das Difu. Von Beginn an hat sich die Architektin und Sozialwissenschaftlerin mit Fragen der Jugendhilfeplanung und Kinder-/Jugendpolitik beschäftigt. Dabei war ihr immer der Bezug zur kommunalen Praxis ein zentrales Anliegen. Hierfür stehen beispielhaft die Arbeitshilfe zur Jugendhilfeplanung, Projekte zu Jugendarbeitslosigkeit, kinder- und familienfreundlicher Gemeinde oder zum Aufbau der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern.

1990 wechselte sie vom Arbeitsbereich Stadtentwicklung zum Arbeitsbereich Information und Dokumentation und übernahm dort zusätzlich zur wissenschaftlichen Arbeit Informationsvermittlungsfunktionen. Mit individuellen Datenbankrecherchen und der Reihe „Seminarbegleitende Bibliographien“ war sie die kompetente Ansprechpartnerin für Informationswünsche aus den Städten.

Aber auch in interdisziplinären Projekten wie etwa zur Infrastrukturrevision oder in den Wettbewerben zur „Kommunalen Suchtprävention“ hat sie die besonderen Aspekte der Kinder- und Jugendpolitik eingebracht.

Ihrem thematischen Schwerpunkt blieb sie immer treu. In ihrem letzten Projekt zu „Schule und Bildung im Stadtteil“ verknüpfte sie in Difu-typischer Weise den räumlichen Aspekt mit der Fachplanung. Vor allem aber ist der Name Heidrun Kunert-Schroth mit den von ihr ins Leben gerufenen Jugendhilfe-Jahrestreffen verbunden, die sie als Foren des Austausches zwischen Wissenschaft und kommunaler Praxis etabliert und über viele Jahre engagiert betreut hat.

In ihrem nun beginnenden neuen Lebensabschnitt werden die Schwerpunkte neu gesetzt: Heidrun Kunert-Schroth wird sich nun ihrer künstlerischen Arbeit widmen.



Heidrun Kunert-Schroth

Mediennachlese

... Deutschlands Gemeinden haben ihre Investitionen seit 1992 um fast die Hälfte zusammengestrichen – und zuletzt mehr abgeschrieben als investiert. Stichwort: Schlagloch. „Die Kommunen verlieren an Bausubstanz“, sagt Michael Reidenbach vom Deutschen Institut für Urbanistik. Ähnliches gilt für staatliche Forschungs- und Entwicklungsgelder, die seit Jahren unter einem Prozent des BIP liegen. Zum Vergleich: Die marktwirtschaftlich eher unverdächtigen Amerikaner geben für jeden staatlich beschäftigten Forscher doppelt so viel Geld aus wie die Europäer. Die US-Behörden geben auch für Bildung deutlich mehr aus als die Deutschen: Die Quote ist gemessen am BIP um fast ein Prozent höher. ... Es wäre an der Zeit, wenigstens einen Teil jenes Geldes zu nutzen, das dank normalisierter Konjunktur nicht mehr für Arbeitslose bezahlt werden muss oder über Steuern reinkommt, um damit die deutsche Panikpolitik zu korrigieren. Auch wenn sich durch Effizienz einiges sparen lässt – es ist absurd, jahrelang weniger Geld für Computer in Schulen auszugeben als andere und sich dann zu wundern, dass man bei Pisa schlecht abschneidet. Oder darüber, dass es mehr Schlaglöcher gibt. Nach US-Studien steigen die Kosten für den Betrieb von Autos spürbar, wenn die Qualität der Straßen nachlasse, so Urbanistikexperte Reidenbach. Und die Kosten für Straßenreparatur steigen, je länger nichts gemacht werde. Ein Großteil öffentlicher Einrichtungen sei in Deutschland vor 30 bis 40 Jahren gebaut worden und komme „jetzt einfach in die Jahre“. **FTD, 11.5.2007**

... Eine Expertenrunde – unter anderem Hasso Brühl vom Deutschen Institut für Urbanistik und der Architekt Markus Spiegelfeld – diskutierten dabei die Zukunft des Wohnens im innerstädtischen Bereich. Einigkeit herrschte darüber, dass es zu einer Renaissance des Wohnens in der Innenstadt kommen wird. ... Seinen Untersuchungen zufolge ist es vor allem die gehobene Mittelschicht, die in innenstadtnahe Bereiche zieht: „Wer heute in die Innenstadt zieht, gehört zu den Gewinnern der Gesellschaft. Und die Innenstadt wird auch von jungen Familien angenommen.“ Kritischer Nachsatz: „Wenn sie genügend Wohnraum finden.“ ... **ÖPV Wien, 10.5.2007**

... Experten aus dem gesamten Bundesgebiet diskutieren von heute an in Jena über die Möglichkeiten künftiger Stadtentwicklung. Auf Einladung des Deutschen Institutes für

Urbanistik und der Stadt Jena treffen sich rund 130 Fachleute zum Gedankenaustausch. Dabei werden am Jenaer Beispiel u.a. die Themen Stadterneuerung, Sanierung, Denkmalpflege und Sozialplanung diskutiert. Hintergrund des Beispiels Jena sind die Zunahme der Bevölkerungszahl und ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum. Darin unterscheidet sich die Saalestadt von vielen anderen ostdeutschen Kommunen. **jena-tv, 9.5.2007**

Lübeck: Mitarbeiter der Stadt sollen das Klima schonen. Umweltsenator Thorsten Geißler (CDU) hat erste Vorschläge unterbreitet, wie die Stadtverwaltung den Kampf gegen den Klimawandel aufnehmen kann. Durch einfache Verhaltensänderung der öffentlichen Bediensteten könnten jährlich bis zu 750 000 Euro eingespart werden. Der Umweltausschuss hat Geißlers Vorschläge einhellig abgesegnet. Der Umweltdezernent bezieht sich auf eine Schätzung des Deutschen Instituts für Urbanistik, derzufolge eine Kommune ohne große Investitionen zehn bis 15 Prozent ihres Energieverbrauchs einsparen kann. **Kieler Nachrichten, 23.4.2007**

Interview mit Difu-Wissenschaftler Michael Lehmbrock: ... FR: Viele Einzelhändler klagen, dass es in ihrer Stadt zu wenig Stellplätze gibt. Brauchen die Innenstädte nicht mehr Parkplätze, um gegen große Discounter am Stadtrand bestehen zu können? M.L.: Zahlreiche Studien – auch von uns – haben bewiesen, dass die Attraktivität von Innenstädten nicht von der Anzahl der Stellplätze abhängt, sondern von der Erreichbarkeit. Das heißt: Wenn eine Stadt wenig Stellplätze hat, aber einen sehr guten ÖPNV wie etwa München mit seiner S-Bahn, dann kann sie trotzdem attraktiv sein. ... FR: Wenn es nicht an den fehlenden Parkplätzen liegt, wieso bleiben den Händlern in den Innenstädten dann die Kunden weg? M.L.: Der Handel in der City hat Probleme. Die haben aber mit dem Strukturwandel in der Branche zu tun. Groß- und Fachmärkte sowie Einkaufszentren und Discounter am Stadtrand bieten Güter an, die normalerweise von Einzelhändlern in den Innenstädten angeboten werden, und schöpfen so deren Kunden ab. Da liegt das Problem. Städte wie Bocholt nennen Discounter an den Zufahrtstraßen der Innenstadt Abfangjäger. Ein drastischer, aber durchaus treffender Begriff. FR: Wer also auf mehr Parkplätze setzt, um die eigene Innenstadt zu stärken, liegt falsch? M.L.: Langfristig auf jeden Fall. In einer Innenstadt gibt es

wenig Platz. Wenn der für den Autoverkehr verbraucht wird, dann fehlen Flächen, um eine City wirklich attraktiv zu machen – etwa mit Plätzen oder neuen Gewerbeflächen. ... **FR, 7.4.2007**

Ein neues Projekt des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) in Köln untersucht die Einbindung und Beteiligung des Mittelstands in Public Private Partnerships (PPP). Wie es in dem aktuellen „Difu-Bericht“ heißt, habe sich gezeigt, dass PPP auf allen staatlichen Ebenen als alternative Beschaffungsvariante zunehmend Beachtung finde. PPP-Projekte im engeren Sinn, die im Idealfall vier oder fünf Lebenszyklusphasen umfassten und auch den Betrieb beinhalteten, seien inzwischen schon in größerer Zahl in der Umsetzung. Mit der Verbreitung von PPP trete die Förderung von kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) ein weiteres zentrales politisches Ziel in den Blickpunkt. Bislang unterstellten Kritiker PPP-Projekten aufgrund ihrer Größenordnung und der oft langen Vertragslaufzeiten eine gewisse Mittelstandsfeindlichkeit. In der Untersuchung im Auftrag der PPP-Task Force im Bundesbauministerium und der PPP-Task Force NRW soll eine Auswahl bereits laufender PPP-Projekte im Hinblick auf die Klärung der Mittelstands-beteiligung und der grundsätzlichen Eignung von PPP für den Mittelstand evaluiert werden. **EUWID Facility Management, 4.4.2007**

Bei der Genehmigung neuer Einzelhandelsflächen sollen die Innenstädte Vorrang haben. Dafür hat die Bundesregierung mit der seit Anfang des Jahres wirksamen Novelle des Baugesetzes die Weichen gestellt. ... Wichtigste Neuregelung ist die Einführung eines neuen „beschleunigten Verfahrens“, mit dem die Kommunen in die Lage versetzt werden, für Bebauungspläne der Innenentwicklung eine zügigere Planung zu realisieren. Das soll die Planungspraxis in den rund 13.000 Städten und Gemeinden in Deutschland deutlich erleichtern. ... Dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes war unter der Leitung des Deutschen Instituts für Urbanistik (difu) ein Praxistest in den sechs Städten Bochum, Bocholt, Forst, Freising, Reutlingen und Leipzig vorausgegangen. ... Auch das Deutsche Institut für Urbanistik begrüßt ausdrücklich die Gesetzesinitiative der Bundesregierung. Nach Überzeugung des difu-Stadtentwicklungsexperten Arno Bunzel sorgt das neue Recht dafür, dass die Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche nun im Fokus der Stadtentwicklung stehe. ... **handelsjournal, April 2007**

Die Integration von Zuwanderern gestaltet sich in Deutschland schwierig, auch weil sich die Bundesrepublik bisher nicht als Einwanderungsland definiert. Integrationsprozesse finden täglich statt – unter unterschiedlichsten Bedingungen. Die Begleitforschung zu einem mehrjährigen, 2004 gestarteten Verbundprojekt, an dem unter anderem der Deutsche Städtetag und das Deutsche Institut für Urbanistik beteiligt waren, hat untersucht, was Kommunen und Wohnungswirtschaft zur sozialen und räumlichen Integration von Migranten beitragen können. ... Acht Städte haben in ausgewählten Stadtquartieren integrationsfördernde Maßnahmen erprobt. Die dabei gemachten Erfahrungen wurden im September 2006 auf einem abschließenden Kongress in Nürnberg diskutiert. ... **Raumplanung 129/2007**

Zuerst wird Dortmunds Luft gesäubert. Das Umweltministerium wirbt für die großräumige „Umweltzone Ruhr“. Die Bezirksregierung ordnet aber kleine Lösung an. Der erste Bereich Nordrhein-Westfalens entsteht im Sommer in Dortmund. Das hat Arnbergs Regierungspräsident Helmut Diegel (CDU) in dieser Woche entschieden. Das Gebiet ist bislang Spitzenreiter bei der Feinstaubbelastung im Land. ... Ein „Luftreinhalteplan“ soll helfen, die Lage zu verbessern. ... Worum es da geht, beschrieb kürzlich eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik im Auftrag des Regionalverbandes Ruhrgebiet. ... Allein die Industrie verteilt danach jährlich rund 52000 Tonnen Stickoxide über das Ruhrgebiet, Kraftfahrzeuge sind mit über 17000 Tonnen dabei. ... Allerdings geht die konzentrierte Feinstaubbelastung in Straßenschluchten vorwiegend auf die Autos zurück. In der Studie heißt es wörtlich über den Kampf gegen Feinstaub „Eine regionale Umweltzone ist das geeignetste Instrument“. **Welt, 31.3.2007**

... An Rhein und Ruhr wird deutlich: Betriebe von Selbständigen nicht-deutscher Herkunft verfügen über Qualitäten, die vielen alteingesessenen Unternehmen verloren gegangen sind. Solche Tugenden liegen vor allem im Arbeitseinsatz und in der Betriebsstruktur. Studien des Mannheimer Instituts für Mittelstandsforschung und des Deutschen Instituts für Urbanistik haben ergeben, dass Unternehmer mit Zuwanderergeschichte im Durchschnitt drei bis sechs Stunden pro Woche länger arbeiten als deutsche Selbständige. Das macht sich bezahlt: Allein die von türkischen Zuwanderern geführten Betriebe erwirtschaften einen jährlichen Umsatz von etwa 24,7 Milliarden Euro. **Impulse, 20.3.2007**

Impressum

Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Postfach 120321, D-10593 Berlin
www.difu.de

Redaktion

Bernd Janning (Praktikant)
Thomas Prennig (Praktikant)
Cornelia Schmidt
Toralf Stark (Praktikant)
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler, Eva Hernández (Titel)

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: verlag@difu.de
Telefon: 030/39001-253/-256

Redaktionskontakt und Berichterverteiler

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Online-Newsletter-Abo:

www.difu.de/difu-news

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Jahrgang

Jahrgang 33

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit wird darauf verzichtet, stets männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

P&R Druck, Berlin.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link an die Difu-Pressestelle erbeten.

Bestellschein

~~Deutsches Institut für Urbanistik, Postfach 120321, D-10593 Berlin~~

Fax: 030/39001-275, Telefon: 030/39001-256 / -253

E-Mail: verlag@difu.de, Internet: www.difu.de

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Neu, bitte beachten: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro.
Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen).

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei ca. ein- bis zweimal im Monat).

Ein Verzeichnis aller lieferbaren Publikationen finden Sie unter www.difu.de/publikationen.

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis**__Expl. Neue Baugebiete: Gewinn oder Verlust für die Gemeindekasse?**

Von Michael Reidenbach
2007. Bd. 3. Ca. 260 S., ca. 30,- Euro
ISBN 978-3-88118-432-8, erscheint ca. Juni 2007

__Expl. Städtebauliche Verträge – ein Handbuch

Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage
Von A. Bunzel, D. Coulmas, G. Schmidt-Eichstaedt
2007. Bd. 2. 400 S., 34,- Euro, ISBN 978-3-88118-428-1

__Expl. Mobilität 2050

Szenarien der Mobilitätsentwicklung bis 2050
Von Sven Oeltze, Tilman Bracher u.a.
2007. Bd. 1. 224 S., farbiger Abbildungsteil, 28,- Euro
ISBN 978-3-88118-425-0

Difu-Beiträge zur Stadtforschung**__Expl. Nahversorgung in Großstädten**

Von Rolf Junker und Gerd Kühn
2006. Bd. 47. 132 S., teilweise farbig, 19,- Euro
ISBN 978-3-88118-420-5

__Expl. Monitoring und Bauleitplanung

Von Arno Bunzel und Gregor Jekel
2006. Bd. 46. 240 S., 25,- Euro, ISBN 978-3-88118-421-2

__Expl. Stadtmarketing – Status quo und Perspektiven

Hrsg. von F. Birk, B. Grabow, B. Hollbach-Grömig
2006. Bd. 42. 324 S., zahlreiche Abb., Tab., Übers.,
32,- Euro, ISBN 978-3-88118-404-5

Difu-Impulse**__Expl. Energiemanagement: Projekte und Maßnahmen**

Doku des 11. Energiebeauftragten-Kongresses
Hrsg. Cornelia Rösler
Bd. 3/2007. Ca. 200 S., Schutzgebühr ca. 20,- Euro
ISBN 978-3-88118-433-5, erscheint Juni 2007

__Expl. Hauptaufgaben der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik in Groß- und Mittelstädten 2006

Ergebnisse einer Panelbefragung
Von Michael Bretschneider
Bd. 2/2007. 116 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-429-8

__Expl. Mobilität, Gesundheit, Umweltschutz: Kommunalen Verkehr unter Handlungsdruck

Fachtagungs-Doku „Stadt der Zukunft: Kommunal mobil“
Hrsg. Tilman Bracher
Bd.1/2007. 152 S., 20,- Euro, ISBN 978-3-88118-427-4

Difu-Arbeitshilfen**__Expl. Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007**

Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung
Von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz, M. Geiß
2007. Ca. 200 S., Schutzgebühr ca. 30,- Euro
ISBN 978-3-88118-430-4, erscheint ca. Juni 2007

Sonderveröffentlichungen**Nutzung von Urban Audit-Daten – eine Arbeitshilfe für deutsche Städte**

Difu (Antje Seidel-Schulze und Busso Grabow)
im Auftrag des KOSIS-Verbundes Urban Audit
2007. 56 S., zahlreiche vierfarbige Abbildungen
Download: <http://edoc.difu.de/orlis/DF11020.pdf>

Machbarkeitsstudie: Regionale Luftreinhalteplanung

Difu (bearbeitet von C. Rösler, Mitarbeit V. Lorke) im
Auftrag des Regionalverbands Ruhr, 2007. 77 S.
Download: <http://edoc.difu.de/orlis/DF10904.pdf>

__Expl. Brennpunkt Stadt

Lebens- und Wirtschaftsraum, gebaute Umwelt,
politische Einheit. Festschrift für Heinrich Mäding
Hrsg. vom Deutschen Institut für Urbanistik
2006. 616 S., 48,- Euro, ISBN 978-3-88118-426-7

Difu-Papers**Can Technology Keep Us Safe?**

New Security Systems, Technological-Organizational
Convergence, Developing Urban Security Regimes
Von Holger Floeting
2007. 16 S., <http://edoc.difu.de/orlis/DP0001.pdf>

__Expl. Gender Mainstreaming in der Bauleitplanung

Eine Handreichung mit Checklisten
Von U. Bauer, S. Bock, U. Meyer, H. Wohltmann
2007. 24 S., 5,- Euro

Zeitschriften**__Expl. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften**

Heft II/2006: Wandel kommunaler Entscheidungsprozesse,
136 S., Einzelpreis 20,- Euro, Jahresabo (2 Hefte) 35,- Euro,
ISBN 978-3-88118-423-6, ISSN 1617-8203

__Expl. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften

Heft I/2006: „Die gebaute Stadt – Städtebau und Stadtent-
wicklung im Bestand“,
124 S., Einzelpreis 20,- Euro, ISBN 978-3-88118-417-1-6